



43. Jahrgang · Heft 3/2005
Herausgeber: Innenministerium NRW.

Polizei NRW –
Verkehrsunfall-
statistik 2004

IM NRW –
Aktuelles zum
„Scheu-Bericht“

PP Köln –
Vorbereitungen auf
den Weltjugendtag

Projekt ErnST –
Sachstand neue
Polizeidienstpistole



Neue Entwicklungen bei der Einführung des BOS-Digitalfunks

– Der Bund übernimmt Verantwortung

Die Konferenz der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers hatte im Dezember 2003 u. a. beschlossen, die zwischen Bund und Ländern strittige Entscheidung über die Verteilung der Kosten für das bundesweite BOS-Digitalfunknetz zunächst zu vertagen. Schnellstmöglich sollte zunächst eine Dachvereinbarung



geschlossen, anschließend das Vergabeverfahren für einen Rahmenvertrag zur Einführung des BOS-Digitalfunks eingeleitet und die bis zuletzt strittige Frage der Kostenverteilung spätestens zum Vertragsabschluss geregelt werden.

Die Abstimmungsprozesse zwischen Bund und Ländern waren Ende Januar 2005 weitestgehend abgeschlossen – insbe-

sondere NRW hat sich im Rahmen dieser außerordentlich schwierigen Verhandlungen stets bemüht, diesen Prozess bestmöglich zu unterstützen.

Am 11. Februar 2005 wurden nun die Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) in einer Sondersitzung durch Bundesinnenminister Otto Schily über dessen veränderte Planungen informiert, zunächst ein eigenes Netz als sogenanntes „Rumpfnetz“ zu errichten. Dieses „Rumpfnetz“ soll etwa die Hälfte der Fläche jedes einzelnen Bundeslandes, also auch in NRW, abdecken – lediglich die verbleibenden Bereiche sind von den Ländern in Eigenverantwortung zu ergänzen.

Der Bund wie auch die IMK wollen auch weiterhin an dem gemeinsamen Ziel festhalten, einen bundeseinheitlichen Digitalfunk zu errichten und bis spätestens Ende 2010 in Betrieb zu nehmen. Der Bundesinnenminister versicherte, die inzwischen mit den Ländern gemeinsam abgestimmten Standards beim Aufbau dieses Netzes einzuhalten. Die Länder wollen sich auch weiterhin an Planungen, Ausschreibung, Aufbau und Betrieb beteiligen.

Nordrhein-Westfalen hat den neuen Vorstoß von Bundesinnenminister Otto

Schily, die Einführung des Digitalfunks für die Sicherheitsbehörden voranzutreiben, begrüßt. Dem Vorangehen des Bundes wird sich NRW unverzüglich anschließen. NRW hat in den letzten Jahren immer wieder darauf gedrängt, den Digitalfunk so schnell wie möglich einzuführen.

Die Länder haben den Bund nun gebeten, seinen Vorschlag für den Aufbau eines „Rumpfnetzes“ und seine weitere Vorgehensweise zu konkretisieren. Die Länder wollen diese Angaben abschließend bewerten und damit so schnell wie möglich eine Basis für eine kurzfristige Schlussentscheidung sowohl der Innenministerkonferenz als auch der Ministerpräsidentenkonferenz schaffen.

Weitere aktuelle Informationen aus dem Ausstattungsbereich zu den Themen „Neue Polizeidienstwaffe“ und „Neue funktionsgerechte Dienstbekleidung“ finden Sie auf der Seite 17 dieses Heftes.

Liebe Leserinnen und Leser,

nach wie vor ist der Bericht der „Scheu-Kommission“ das zentrale Thema vieler Gespräche in der Polizei. Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie die Vorschläge der „Scheu-Kommission“ die Organisationsstruktur der nordrhein-westfälischen Polizei verändern werden und ob die zentralen Ziele der Neuordnung von Polizeiführung und Polizeiverwaltung erreicht werden können. Teilweise werden aber auch Konsequenzen aus dem „Scheu-Bericht“ abgeleitet und Behauptungen aufgestellt, die der Bericht so nicht hergibt und die darüber hinaus die Kollegenschaft und die Öffentlichkeit verunsichern.

Minister Dr. Behrens hat deshalb diese Ausgabe zum Anlass genommen, allen Beschäftigten in der Polizei NRW den aktuellen Stand und den weiteren Weg des Verfahrens mitzuteilen (Seite 4 bis 5). Aktuell ist Innenminister Dr. Behrens im aktiven Dialog mit den Polizeigewerkschaften. Anlässlich der Beiratssitzung der GdP, Landesbezirk NRW, hat er am 1. März 2005 eine Rede gehalten, die Sie im Intranet der Polizei NRW im Bereich „Das IM informiert“ nachlesen können. Ein erstes Informationsangebot an die Beschäftigten stellten die so genannten „Dialogveranstaltungen“ des Innenministeriums dar. Insgesamt 15 derartiger Veranstaltungen hat es bereits in den Polizeibehörden und -einrichtungen gegeben. Mehr als 2500 Kolleginnen und Kollegen nutzten die Gelegenheit, dem Inspekteur der Polizei Dieter Wehe, dem Landeskriminaldirektor Rolf Behrendt, den Referenten aus der Polizeiabteilung des Innenministeriums und Vertretern der „Scheu-Kommission“ Fragen zum Kommissionsbericht zu stellen. In der



nächsten Ausgabe der „Streife“ berichten wir über die vorläufig letzte Informationsveranstaltung vom 4. März 2005 im Polizei-Bildungszentrum in Münster. Mehr als 700 Fragen u. a. zu den Themenbereichen

- Kommissionsarbeit
- Organisations- und Personalentwicklung
- Führungskräfte
- Technik
- ZKB
- Qualitätsmanagement

sind gestellt worden. Diese werden zur Zeit von der Polizeiabteilung im Innenministerium ausgewertet. Auch dies wird Gegenstand der Berichterstattung in einer der nächsten Ausgaben der „Streife“ sein.

Ihre Redaktion „Streife“

Ralf Hövelmann,
Redaktion „Streife“
Tel.: 02 11 – 8 71 23 66

E-Mail: streife@im.nrw.de
www.streife-online.nrw.de

Titelfoto: Der Verkehrsgerichtstag 2005 in Goslar hat sich mit dem Thema Raser und Drängler beschäftigt. Anlass ist auch der „Tod auf der Überholspur“, eine Frage der Geschwindigkeit auf Bundesautobahnen. Foto: VBA

IM NRW: Aktuelles zum Scheubericht von Innenminister Behrens 4

IM NRW: Umgang mit Menschen mit Behinderungen, Teil 1 6

PFA Münster: Preis der Polizeiführungsakademie 2005 9



Polizei NRW: Verkehrsunfallstatistik 2004 10

Redaktion Streife: Neue Faltblätter „Aus der Praxis, für die Praxis“ zum Verkehrsrecht 13

PP Köln: Die Jugend der Welt pilgert nach Köln zum Weltjugendtag 14



Projekt ErnST: Aktueller Sachstand neue Dienstpistole 17

Projekt BerND: Neue funktionsgerechte Dienstbekleidung geplant 17

Polizeiwache Waldbröl: „Pool ist cool“, Poolbildung im Schichtdienstsystem 18



PP Dortmund: Übung einer „Größeren Schadenslage“ am Flughafen 22

BR Arnsberg: Verkehrsgerichtstag 2005 26

BR Arnsberg: Risiko Landstraße 28

Rätsel/Vorschau 34/35

Fotos: Jochen Tack,
Jan Potente,
Weltjugendtag,
Redaktion
Ohrenkuss



Neuordnung von Polizeiführung und Polizeiverwaltung

Ansprache von Innenminister Dr. Fritz Behrens an alle Polizeibesetzten

*Liebe Mitarbeiterinnen,
liebe Mitarbeiter,*

der Bericht der so genannten Scheu-Kommission liegt seit dem 11. Januar vor.

Sicher haben Sie die Vorschläge zur Neuordnung von Polizeiführung und Polizeiverwaltung in Nordrhein-Westfalen mit großem Interesse aufgenommen. Wie ich mittlerweile aus vielen Gesprächen mit Beschäftigten der Polizei weiß, stoßen die Vorschläge auf viel Zuspruch. Leider gab es aber auch immer wieder Darstellungen, die schlichtweg falsch oder unseriös sind.

So wurde behauptet, die Ortsnähe der Polizei gehe verloren, es seien Personalabbau und Schließungen von Wachen zu befürchten. Teilweise wurde der Eindruck erweckt, dass in meinem Haus bereits Entscheidungen über die Umsetzung der Vorschläge der Kommission gefallen seien.

Deshalb ist es mir wichtig, Sie heute persönlich und auf direktem Wege anzusprechen und zu informieren:

Sie, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei, leisten bereits heute hervorragende Arbeit. Das ist weit über die Grenzen unseres Landes hinaus anerkannt



Innenminister Dr. Fritz Behrens erklärt Kollegen aus Düsseldorf die wesentlichen Inhalte des „Scheu-Berichtes“.

Foto: Jochen Tack

und das stellt auch die Kommission in ihrem Bericht heraus!

Dafür danke ich Ihnen allen.

Der Scheu-Bericht ist also keine Kritik an Ihrer Arbeit, sondern an der Struktur, in der Sie arbeiten. Die gesamte Polizei in Nordrhein-Westfalen muss sich in organisatorischer, technischer und logistischer Hinsicht den gestiegenen Herausforderungen der Zeit anpassen. Dazu hat

die Scheu-Kommission auf über 200 Seiten Vorschläge erarbeitet.

Diese Vorschläge sind eine gute Grundlage für die jetzt anstehenden Beratungen und Entscheidungen. Das heißt nicht, dass ich jeden Buchstaben und jedes Komma unterschreibe, aber die wesentlichen Aussagen halte ich für richtig.

Eine Entscheidung ist aber definitiv noch nicht getroffen. Über die Vorschläge werden wir noch ausführlich diskutieren

müssen. Alle anderen Behauptungen sind falsch.

Das Hauptziel einer Neuordnung von Polizeiführung und -verwaltung muss es sein, die Polizei dort zu stärken, wo die Bürgerinnen und Bürger sie am meisten brauchen: In ihrer Nähe, in ihren Stadt- und Wohnvierteln, also in den so genannten Basisdienststellen. Die Vorschläge der Kommission zielen genau darauf ab. Das bedeutet, dass im Zusammenhang mit der geplanten Neuordnung keine Polizeiwache geschlossen und kein Kriminalkommissariat aufgelöst wird.

Wer etwas anderes behauptet, spielt bewusst oder unbewusst mit den Ängsten der Bevölkerung. Das ist unverantwortlich.

Durch eine straffere Organisation, durch optimierte Führung, durch flachere Hierarchien, durch deutlich weniger Bürokratie und durch eine verbesserte Technikausstattung müssen wir die Polizei fit machen für die Zukunft.

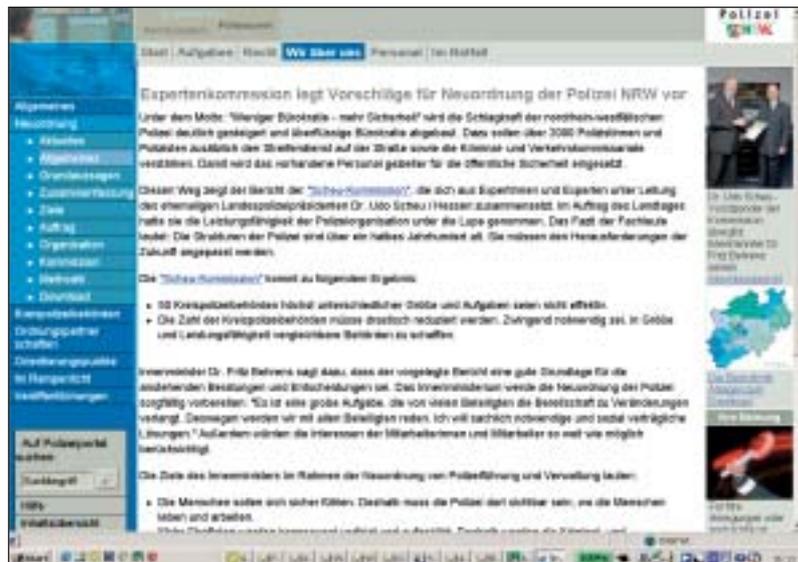
Unverzichtbare Voraussetzung für eine solche Neuordnung ist, dass der persönliche Gewinn einer solchen Reform auch uneingeschränkt in der Polizei verbleibt. Dafür stehe ich!

Ich bin daher froh, dass die Landesregierung und der Landtag am 25. bzw. 26. Januar 2005 genau dies beschlossen haben.

Der weitere Zeitplan sieht jetzt wie folgt aus:

- Die Einbringung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes zur Neuordnung der Polizei wird in der zweiten Jahreshälfte 2005 zu erwarten sein.
- Die Entscheidung des Landtages über dieses Gesetz wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2006 erfolgen.
- Das Gesetz könnte dann spätestens zum 1. Januar 2007 in Kraft treten.

Von da an dauert es dann sicher weitere



Aktuelle Informationen über die Neuordnung von Polizeiführung und Polizeiverwaltung werden regelmäßig im Internet unter www.polizei.nrw.de eingestellt.

3 Jahre, bis die notwendigen Veränderungen vollzogen sind.

Wir haben also einige Jahre der Diskussion, der Entscheidung und der Umsetzung vor uns.

Ich würde mich freuen, wenn Sie sich in den weiteren Prozess aktiv einbringen. Nutzen Sie dazu die Mailadresse [„scheu.bericht@im.nrw.de“](mailto:scheu.bericht@im.nrw.de). Zudem werden Sie mit der „Streifen“ aktuell auf dem Laufenden gehalten.

Darüber hinaus gibt es in der nächsten Zeit in Ihren Behörden und Einrichtungen vor Ort mehrere Informationsveranstaltungen geben. Nehmen Sie daran teil, denn dort bekommen Sie die Informationen aus erster Hand. Auch werden Ihnen dort Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen.

Natürlich habe ich Verständnis für manche Ängste und Sorgen im Zusammenhang mit einer Neuordnung. Ich kann Ihnen versichern, dass diese unbegründet sind. Auch wenn eine Neuordnung von allen Beteiligten eine hohe Anpassungsbereitschaft fordert, werden wir Ihre Interessen so weit wie möglich berücksichtigen und im Einzelfall sozial ver-

trägliche Lösungen finden. Niemand in der Polizei muss sich Sorgen um seinen Arbeitsplatz machen. Betriebsbedingte Kündigungen z. B. wird es nicht geben. Die Neuordnung der Polizei in NRW ist in der kommenden Legislaturperiode ein Großprojekt für die Innere Sicherheit. Darin sehe ich eine wichtige gemeinsame Aufgabe. Dabei will ich Sie, die Sie wertvolle Arbeit in der Polizei leisten, mitnehmen.

Helfen Sie mit, die innere Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen entscheidend zu verbessern! Ich bedanke mich für Ihr Vertrauen.

*Dr. Fritz Behrens, Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen*

Hinweis der Redaktion:
Die von Minister Behrens genannten Informationsveranstaltungen in den polizeibehörden und -einrichtungen werden Thema in der nächsten Streife sein.

„Was ist Gut und was ist Böse?“

– Frage von Herrn Julian Göpel,
Ohrenkussredakteur mit
Down-Syndrom an die Polizei NRW



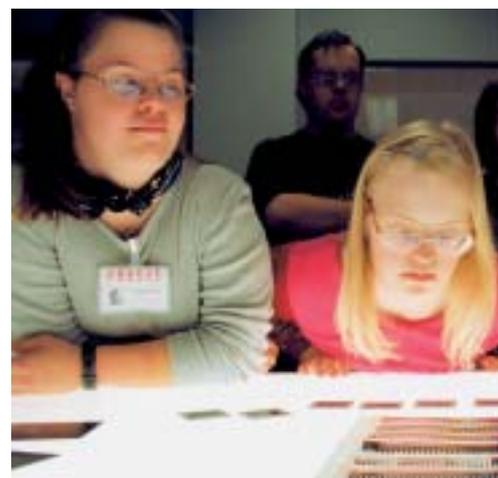
Wie in der letzten Streifeausgabe angekündigt, beginnt mit diesem Heft eine Serie unter dem Titel: „Polizei und Menschen mit Behinderungen“.

„Was ist Gut und was ist Böse“ ist ein Artikel, der aus der Feder des PP Bonn in Zusammenarbeit mit der Redaktion „Ohrenkuss“ entstammt.

Angst voreinander? Gespannt aufeinander? Lernen voneinander – Spaß miteinander!

In Bonn wird von Autoren mit Down-Syndrom (siehe Infobox Seite 7) das Magazin „Ohrenkuss“ produziert. Dies in einer brillanten Qualität was Layout, Design und Themenauswahl angeht.

Bei der Suche nach Themen kam der Ohrenkussredaktion die Idee des „Gut und Böse“. Was liegt dann näher, als dazu die Polizei zu befragen, bzw. sich mit dem Thema Polizei auseinander zu setzen. Aber wie? Wie bringt man Menschen mit Down-Syndrom das Thema Polizei





näher, wie erklärt man „Gut und Böse“? Das Presse- und Informationsbüro des PP Bonn entwickelte deshalb in Gesprächen mit der Redaktion Ohrenkuss ein Lösungskonzept, genannt das „Intensivprogramm Polizei“.

Hier ein Auszug aus dem Programm:

- Erkennungsdienst
- Einsatzleitstelle
- Schießkino
- Interview mit dem Polizeipräsidenten
- Diensthundstaffel
- Besuch des Werkstattbereichs
- Präventionsworkshop im Bonner Künstlerforum
- Besuch der Rettungshundstaffel mit Polizeibus

und ein Interview mit dem Innenminister Dr. Fritz Behrens.

Als die Kollegen des Kommissariats Vorbeugung beim PP Bonn mit der Anfrage konfrontiert wurden, einen Workshop zur Gewaltprävention mit Menschen mit Down-Syndrom durchzuführen, kamen



Polizei und Menschen mit Behinderungen

Ratschlag eines Kollegen an den Moderator zum Informationsabend beim Kommissariat Vorbeugung vor ratsuchenden Blinden: „Jung, da musste so tun, als ob die gucken können. Lass die ja nicht merken, dass du Angst vor denen hast. Quatsch mal so wie immer, wie Du es bei den Sehenden auch machst!“

Dieser Auszug aus einem Leserbrief eines Kollegen des Kommissariats Vorbeugung kennzeichnet durchaus eine gewisse Unsicherheit im Mitarbeiterkreis der Polizei NRW. „Hilfe“, ein Behinderter, was mache ich jetzt? Oder noch viel schlimmer, eine ganze Gruppe Behinderter! Nicht gelernt, nie in der Fortbildung erlebt, keinen persönlichen Bezug, Hilflosigkeit, Ratlosigkeit, manchmal sogar Angst.

Dabei ist es eigentlich nicht schwierig. Fangen wir vorne an. Warum bezeichnen wir einen Menschen als Behinderten? Vermutlich weil er nicht in unser Schema von „Normal“ passt. Aber was ist normal? Was ist anders? Hat er eine Krankheit oder Behinderung, die wir nicht kennen, von der wir in einer gewissen Entfernung mal gehört haben aber uns mit so unangenehmen Dingen lieber nicht mehr als notwendig beschäftigen?

Sehr schnell ändert sich die Lage, wenn wir auf einmal von heute auf morgen persönlich betroffen sind. Ein uns nahe stehender Mensch verunglückt, ist querschnittsgelähmt, ist erblindet, hat sein Gehör verloren oder ist anderweitig körperlich eingeschränkt. Oder unser Dienststellenleiter teilt uns mit, dass wir ab dem nächsten Monatsersten eine personelle Verstärkung durch einen Angestellten bekommen: eine oder einen Behinderten.

Dabei ist es uns allen doch aus fast jeder Stellenausschreibung bekannt „...bei gleicher Eignung zu bevorzugen“. In jeder Behörde haben wir Menschen mit den verschiedensten Behinderungen. In der Telefonvermittlung, in der Registratur, im KK, bei der Gleitzeitstelle. Warum fällt vielen dann die Begegnung so schwer? Um gängige Vorurteile abzubauen, aber auch um Hilfestellung in bestimmten Situationen zu geben, ist diese Streife-Serie ins Leben gerufen worden. Als erstes fangen wir mit der Formulierung an: Man sagt nicht „Behinderter“, sondern „Mensch mit Behinderung“. Der Mensch steht im Vordergrund, nicht seine Behinderung. Die Serie trägt daher den Titel: „Polizei und Menschen mit Behinderungen“

Der erste Bericht beschreibt eine Begegnung der ganz besonderen Art. Polizei trifft Down-Syndrom. Oder Down-Syndrom trifft Polizei. Für beide Seiten gab es in diesem spontanen Projekt bleibende Erfahrungen und den Abbau von Ängsten. Am Anfang stand das „Gespannt aufeinander sein“!

Nach der ersten Ankündigung im letzten Heft gab es zahlreiche Zuschriften, Kollegen die ihre Erfahrungen mitgeteilt haben, die aber auch Fragen gestellt, die Einsätze ohne zufriedenstellende Lösung geschildert oder die auch nur ihren ganz persönlichen Alltag zu Hause geschildert haben. Wir bemühen uns, alle Zuschriften zu veröffentlichen. Von daher noch einmal der Aufruf: Wir freuen uns über jede Zuschrift zu diesem Thema, gerne auch per E-Mail an streife@im.nrw.de

Guido Karl, IM NRW

zunächst Bedenken. „So etwas haben wir noch nie gemacht. Schaffen wir das? Können wir so was überhaupt?“

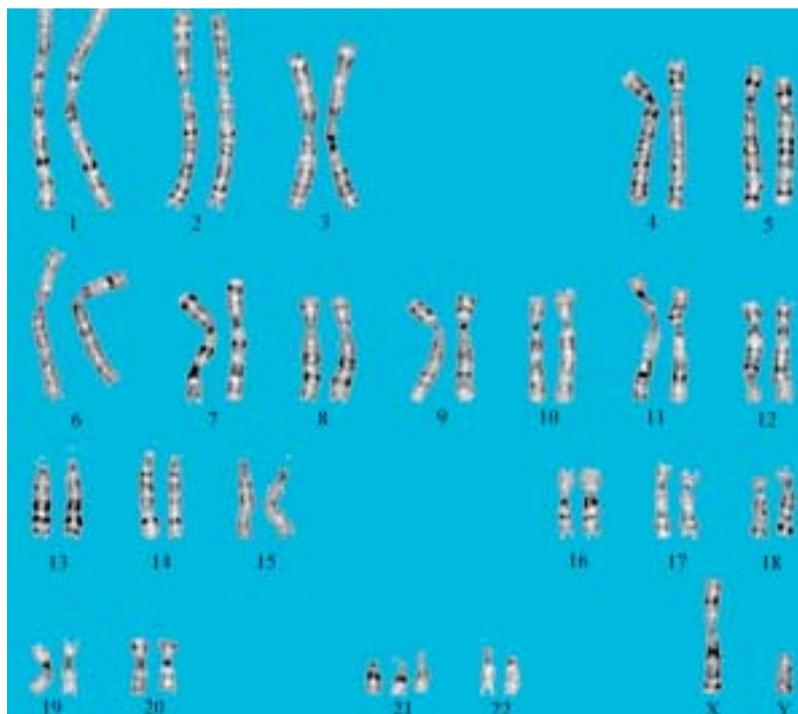
Mario Becker vom Kommissariat Vorbeugung des PP Bonn: „Selten haben wir eine derart engagierte Gruppe erleben dürfen. Besonders beeindruckend war ihre Offenheit und die Fähigkeit jedes Einzelnen, seine persönlichen Gefühle zu den Themen auszudrücken. Öfter wurden wir von spontanen Ideen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer überrascht. Gerade diese Ideen bereichern unsere vielleicht etwas eingefahrene Denkweise und öffnen unseren Blickwinkel weit über den Tellerrand hinaus. Die Leistungsbereitschaft und Offenheit der Gruppe ließ uns schnell die Behinderung der Menschen vergessen. Mit wenigen kurzen Pausen hat die Gruppe fast sieben Stunden konzentriert gearbeitet.“

Wir wurden mit einer beispiellosen Herzlichkeit von der Gruppe aufgenommen. Auch wenn der Tag uns stark gefordert hat, waren wir mit dem Ergebnis überaus zufrieden. Die Rückmeldungen und Sichtweise der Gruppe, speziell zu „Gut und Böse“ haben uns tief bewegt. Sie motivieren uns, in unserer Arbeit fortzufahren.“

Ende März 2005 erscheint übrigens das neue Magazin Ohrenkuss zum Thema „Gut und Böse“.

Mehr Informationen dazu unter www.ohrenkuss.de

Down-Syndrom oder auch Trisomie 21



Bei Menschen mit Down-Syndrom ist das Chromosom 21 nicht zweimal, sondern dreimal vorhanden. Man spricht daher auch von „Trisomie 21“. „Down-Syndrom“ ist die allgemein anerkannte Bezeichnung.

Menschen mit Down-Syndrom sehen anders aus als ihre Mitmenschen, werden vom Rest der Gesellschaft anders wahrgenommen. Im täglichen Zusammenleben entstehen dabei Missverständnisse, die gar nicht einmal böse gemeint sein müssen. Oft wird das Down-Syndrom als eine Krankheit angesehen. Tatsächlich ist es eine Behinderung, an der Menschen mit Down-Syndrom aber nicht „leiden“. Dagegen leiden sie manchmal sehr unter den Reaktionen ihrer Umwelt, die sie aufgrund ihrer Andersartigkeit häufig abwertend behandelt. Früher bezeichnete man Menschen mit Down-Syndrom oft als „Mongoloide“ – wegen ihres Aussehens. Heute stellt diese Bezeichnung ein Schimpfwort dar, das Menschen mit Down-Syndrom verletzt.

Verhaltenshinweise zum Umgang mit Menschen mit dem Downsyndrom:

- Auf Menschen mit Down-Syndrom sollte man zugehen und sie behandeln wie andere Menschen auch.
- Eine Frage: „Wie leidest du denn unter Deiner Krankheit?“ ist nicht angebracht. Es ist keine Krankheit, unter der der Mensch leidet, sondern eine Behinderung, mit der er lebt!
- Nur weil Menschen mit Down-Syndrom anders aussehen, muss man Ihnen trotzdem den gebührenden Respekt entgegenbringen und sie nicht einfach duzen.





„Preis der Polizei- Führungsakademie 2005“

Die Polizei-Führungsakademie (PFA) als gemeinsame Bildungs- und Forschungseinrichtung der Polizeien des Bundes und der Länder vergibt im Jahr 2005 Preise für hervorragende wissenschaftliche Abhandlungen zu Themen aus dem Bereich der Inneren Sicherheit.

Insgesamt sind die Preise mit 9.200,00 € dotiert.



Voraussetzungen:

Noch unveröffentlichte oder nach dem 1. Januar 2005 veröffentlichte deutschsprachige Abhandlungen, die den Behörden und Einrichtungen der Polizeien von Bund und Ländern neue Erkenntnisse erschließen sowie der Polizeiwissenschaft, insbesondere folgenden Themenbereichen zugeordnet werden können:

- Organisation, Führung und Einsatz der Polizei
- Kriminalitätsverhütung und -bekämpfung
- Aktivitäten zur Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit
- Polizei und Gesellschaft
- Recht

In den einzelnen Gebieten können auch mehrere Arbeiten prämiert werden.

Eingereicht werden können, neben Dis-

sertationen und Habilitationsschriften, auch ausgewählte (Bestnote) Diplom-, Bachelor- oder Masterarbeiten. Keine Berücksichtigung finden Seminararbeiten.

Von der Teilnahme ausgeschlossen sind solche Abhandlungen, die mit Unterstützung der PFA entstanden sind. Das ist insbesondere der Fall, wenn die vorgelegte Arbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der PFA oder von wissenschaftlichen Hilfskräften, Auszubildenden, Referendarinnen und Referendaren, Praktikantinnen und Praktikanten pp. dieser Einrichtung stammt, soweit diese dort tätig sind oder wenn die eingereichte Abhandlung ganz oder zum Teil aus der Zeit ihrer Tätigkeit bei der PFA stammt.

Über die Vergabe beschließt eine vom Kuratorium bei der Polizei-Führungsakademie eingesetzte Kommission unter Ausschluss des Rechtsweges.

Alle Preisträger erhalten eine Urkunde. Ihre Abhandlungen werden der Polizei-Führungsakademie zur Verfügung gestellt. Unbeschadet sonstiger Rechte darf die PFA die Abhandlung veröffentlichen. Einsendeschluss für die Bewerbung ist der 30. September 2005. Der Einsendung ist eine kurze Biographie der Verfasserin oder des Verfassers beizufügen.

Weitere Auskünfte:

Polizei-Führungsakademie,
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Zum Roten Berge 18 -24,
48165 Münster,
Tel.: 0 25 01/8 06-2 30,
Fax: 02501/806-440 oder -420,
E-Mail: pressestelle@pfa-ms.de

www.stumpf-abzeichen.de



Beamten- und Angestellten-Darlehen

Festzins ab 5,70%, effekt. Jahreszins ab 5,22%

Beispiel: 30jähriger Beamter auf Lebenszeit
Festzins 6,15%, effektiver Jahreszins 6,74%,
Laufzeit 20 Jahre.

Bei 30 000,- € – monatlich 266,25 € inkl. LV
Bei 50 000,- € – monatlich 441,25 € inkl. LV

Info-Büro: 08 00 / 7 78 80 00

www.hm-darlehen.de

PARTNER IN BAUFINANZIERUNGSFRAGEN

Hypothekendarlehen für Kauf und Neubau

Zinssatz ab 3,9 %, effektiv 3,97 %, Tilgung bis 5 %
zusätzl. Sondertilgung bis 5 % p.a. kostenfrei möglich.
150.000 € kosten monatlich 612,50 €

Nachrangdarlehen: Umfinanzierung, Modernisierung

Zinssatz 3,45 %, effektiv 3,51 %, Auszahlung 100 %,
Gesamtlaufzeit 21 Jahre, Sondertilgung möglich.
50.000 € kosten monatlich 322,63 €, Rate konstant über
die gesamte Laufzeit.

Abrukkredit: Zinssatz 6,75 %, effektiv 6,96 % für
Giroausgleich. Sondertilgung möglich. 10.000 € kosten
monatlich 106 €.

Darlehen für Hausbesitzer: 10.000 €, Zinssatz 4,9 %,
effektiv 5,01 %, monatlich 81,67 €, Gesamtlaufzeit
13 Jahre, Sondertilgung möglich und ohne
Grundbucheintragung.

Vermittelt: Gutfinanz Kapitalbeschaffung GmbH
Kopernikusstraße 15 • 37079 Göttingen
Fon 05 51 / 9 98 98 44 • Fax 9 98 98 30
info@gutfinanz.de • www.gutfinanz.de

2004

Verkehrsunfallstatistik

Erneuter Rekordtiefstand seit Beginn der VU-Statistik im Jahre 1953

Innenminister Dr. Fritz Behrens zeigte sich anlässlich der Bekanntgabe der Verkehrsstatistik 2004 bei aller Freude über die wiederum auf einen neuen historischen Tiefstand gesunkenen Verunglücktenzahlen besorgt über das immer noch mangelnde Anschnallverhalten der Verkehrsteilnehmer. Als besonders besorgniserregend stellte er heraus, dass wieder mehr Kinder getötet oder verletzt wurden, weil sie nicht oder nicht richtig im Fahrzeug gesichert waren.

862 Tote und 85 140 Verletzte bedeuten den bisher niedrigsten Stand seit Beginn der systematischen statistischen Erfassung von Verkehrsunfalldaten vor 52 Jahren. Der Rückgang, der bei den tödlich Verunglückten in 2003 schon 4,8 % und bei den Verletzten 1,3 % erreicht hatte, steigerte sich im vergangenen Jahr um weitere 8,5 % (bei den Getöteten) und 3,0 % (Verletzte). Insgesamt wurden 2004 von der nordrhein-westfälischen Polizei 557 064 Verkehrsunfälle aufgenommen, was einen Zuwachs von 0,2 % im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Der Bestand an Kraftfahrzeugen in unserem Land wuchs in vergleichbarer Größenordnung.

Die Höhe der jeweiligen Unfallrisiken wird über die sogenannte Schadensuhr verdeutlicht.



Tod auf der Überholspur: Eine Frage der Geschwindigkeit

Foto: VBA

Hohe Steigerung bei getöteten Mitfahrern in Pkw

Insgesamt 138 Menschen wurden 2004 als Mitfahrer getötet. Dies bedeutet eine Steigerung um 25,5 %. Noch deutlicher fiel die Steigerung bei den Mitfahrern nur in Pkw aus. Hier erhöhte sich die Zahl der Getöteten um 33,7 % auf 127. Da davon auszugehen ist, dass in einer Vielzahl der Fälle Sicherungseinrichtungen wie der Gurt oder Kinderrückhaltesysteme nicht richtig oder gar nicht genutzt wurden, wird diesem Fehlverhalten zukünftig noch stärkere

Aufmerksamkeit zu schenken sein. Die im vergangenen Jahr gestartete landesweite Kampagne „NRW mit Gurt“ wird daher auch in diesem Jahr fortgeführt.

Weniger Kinderunfälle

2004 sank die Zahl der verunglückten Kinder (aktive Beteiligung und Mitfahrer) um 7,2 % auf 8 969. Obwohl mit 25 getöteten Kindern insgesamt nicht mehr Kinder verunglückten als im Vorjahr, ist der Blick auf die Entwicklung der als Mitfahrer getöteten Kinder erschreckend:

13 Kinder starben, sieben mehr als im Vorjahr. Die Zahl der verletzten Kinder reduzierte sich in 2004 um 7,3% und erreicht damit den bisher niedrigsten Stand. Allerdings waren auch hier hohe Anteile an mitfahrenden Kinder zu verzeichnen: 32,2% aller Verletzten, bei den Kindern unter sechs Jahren sogar 56,6%.

Erneute Steigerung bei den Verkehrsunfällen durch Drogenkonsum

Nach der flächendeckenden Einführung eines neuen Drogenvortestgerätes im Laufe des Jahres 2003 standen diese Einsatzmittel erstmals über den gesamten Erhebungszeitraum zur Verfügung. Dadurch konnte in 2004 bei 701 Unfällen Drogeneinfluss nachgewiesen werden, das sind 160 mehr als im Vorjahr. Hierbei verunglückten 515 Personen, das sind ebenfalls 160 mehr als 2003. Deshalb sind verstärkte Kontrollen und systematische Aufklärung gefragt.

Alkoholunfälle weiter rückläufig

Die Anzahl der Verkehrsunfälle unter dem Einfluss von Alkohol sank um 7,4% auf 9920. Auch hier setzt sich die allgemeine Entwicklung der vergangenen Jahre fort. Im 10-Jahres-Vergleich seit 1995 konnte die Zahl der Alkohol-Unfälle um 28,9% gesenkt werden. Da gleichzeitig auch die Anzahl der festgestellten Verstöße zurückging, scheinen verstärkte Aufklärung und strikte Kontrollen Wirkung zu zeigen. Dies ist konsequent fortzuführen, um den positiven Trend beizubehalten.

Verunglücktenzahlen bei den jungen Erwachsenen auf Tiefstand

Nachdem in 2003 noch eine Steigerung zu verzeichnen war, sank die Zahl der Ge-



Die Schadensuhr 2004
Verkehrsunfälle in NRW:
 (Vorjahreswerte in Klammern)

- Ø alle 57 (57) Sekunden nahm die Polizei einen Verkehrsunfall auf
- Ø alle 6 (6) Minuten ein Verunglückter
- Ø alle 33 (32) Minuten ein verunglückter „18- bis 24-Jähriger“
- Ø alle 33 (32) Minuten ein verunglückter Radfahrer
- Ø alle 59 (55) Minuten ein verunglücktes Kind
- Ø alle 65 (65) Minuten ein verunglückter Senior (ab 65 Jahre)
- Ø alle 78 (72) Minuten ein Verunglückter auf der Autobahn
- Ø alle 10 (9,5) Stunden wurde ein Mensch im Straßenverkehr getötet

Anmerkung: Unter „Verunglückte“ sind Getötete und Verletzte zusammengefasst.

töteten bei den Verkehrsteilnehmern im Alter von 18 bis 24 Jahren mit 159 auf einen neuen Tiefststand. Die Zahl der verletzten Personen dieser Altersgruppe ging in den letzten zehn Jahren insgesamt um 24,7% auf 15 780 zurück. 2004 gab es einen Rückgang um 2,2% auf den bisher niedrigsten Stand.

Immer noch hoch ist die Verursacherquote: von 40 542 an Verkehrsunfällen beteiligten jungen Erwachsenen waren diese in 64,2% auch Unfallverursacher. Dies bedeutet eine leichte Steigerung zum Vorjahr um 0,6%.

Gegenläufige Entwicklung bei Senioren

Nach der leichten Steigerung im Vorjahr hat die Zahl der getöteten Menschen ab 65 Jahren mit 209 Fällen das bisher beste Ergebnis aus dem Jahr 1999 unterboten und damit ebenfalls einen historischen Tiefstand erreicht. Bei den verletzten Personen dieser Altersgruppe gibt es im 10-Jahres-Vergleich eine Steigerung um insgesamt 21,5% auf 7 895, im letzten Jahr allerdings nur um 0,2%. Wie im Vorjahr verunglückten mehr als die Hälfte aller Senioren als Pkw-Fahrer oder Rad-

fahrer. Da der Anteil der Menschen ab 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung in unserem Land kontinuierlich zunimmt (von 15,7% in 1995 auf 18,2% im vergangenen Jahr), müssen hier im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit weitere Anstrengungen unternommen werden, die dieser Entwicklung Rechnung tragen.

Motorrad- und Fahrradfahrer

Motorisierte Zweiradfahrer verunglückten in 2004 insgesamt in 12 010 Fällen. Damit sank die Zahl nach der deutlichen Steigerung in 2003 (Stichwort „Jahrhundertsommer“) auf einen neuen Tiefstand. Der Rückgang betrug bei den Getöteten 16,8% (auf 153), bei den Verletzten 7,5% (auf 11.857), jeweils im Vergleich zum Vorjahr.

Allerdings waren auch gegenläufige Tendenzen zu beobachten: Bei der Beteiligungsart „Klein-/Leichtkraftrad“ wurden 15 Personen getötet (vier Personen mehr als in 2003), bei der Beteiligungsart „Moped/Mokick“ wurden 249 Personen



(8,6%) mehr verletzt als im Vorjahr (2 782).

Weniger getötete und verletzte LKW-Fahrer

2004 wurden 31 Lkw-Fahrer getötet, zwei weniger als in 2003. Bei den Verletzten gab es einen Rückgang um 1,1% (von 1 808 auf 1 788). Allerdings wurden mit

340 Personen, die als Mitfahrer in Lkw verletzt wurden, 37 mehr verletzt als im Vorjahr. Dies bedeutet eine Steigerung um 12,2%.

Polizeiliche Aktivitäten

Die Anzahl polizeilichen Maßnahmen gegen Hauptunfallursachen (Verwarnungsgelder, Ordnungswidrigkeiten- und Straf-Anzeigen) stieg um 7,5% auf 1 612 329 und erreicht damit den höchsten Wert der letzten 10 Jahre. Eine Steigerung in qualitativer und quantitativer Hinsicht wird auch im Jahr 2005 notwendig sein. Ein Beitrag dazu werden die fünf neu beschafften Provida-Kräder sein, die den Bezirksregierungen in diesen Tagen für den Einsatz in den Kreispolizeibehörden zur Verfügung gestellt werden.

TOP-Finanzierung	für jeden Verwendungszweck u. a. Bargeld zum Ablösen von teuren Krediten oder überzogenen Girokonten
→ Beamten-Darlehen mit garantiertem Festzins	12 Jahre 5,70% effektiver Jahreszins 6,26% 20 Jahre 6,15% effektiver Jahreszins 6,74%
Beispiele für 32jährige – 20 Jahre Laufzeit – jew. inklusiv Lebensvers.-Beitrag:	
15 000,- € monatl. 137,43 €	25 000,- € monatl. 221,13 €
40 000,- € monatl. 355,51 €	50 000,- € monatl. 444,39 €
• Sondertilgungen und Laufzeitverkürzungen möglich •	
→ Angestellten-Darlehen (sehr günstige Vorsorgedarl., LV- u. Beamtendarl., langfr. Kredite u. Hypotheken.) Fordern Sie Ihr TOP-Angebot	kostenlose Abwicklung auf dem Postweg
Andreas Wendholt Kapital- und Anlagevermittlung Prälat-Höing-Straße 19 46325 Borken	TEL.-NULLTARIF: 0800-3310 332 Telefax: (0 28 62) 36 04 E-Mail: info@top-finanz.de Internet: www.top-finanz.de

Sie arbeiten im öffentlichen Dienst? ... nutzen Sie Ihren Vorteil!

Exklusiv für Sie: Spezial-Kredite mit langen Laufzeiten und niedrigen Raten. Bis zum 20fachen Monatseinkommen. Schnellste Abwicklung.

Bereits laufende Kredite können ggf. abgelöst werden (wir führen jedoch keine Rechtsberatung durch). Zusatzkredite, KFZ-Finanzierungen und und und

SPEZIAL-KREDIT-PROGRAMME

Angebot Die großzügige Darlehensvermittlung
80336 München · Goethestraße 3, direkt am Hauptbahnhof
EUROMUENCH ☎ 0 89/59 15 27

- ★ Attraktive Immo-Finanzierungen für Neu-, Aus- und Umbau sowie Kauf – mit 4,5% variabel, effektiv 5,15%
- ★ Festzinsdarlehen bis 100 000,- € mit Laufzeitanpassung an die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse – auch Tilgungsaussetzung bei entsprechender Bonität möglich
- ★ Nebenerkredite, Teilvaluierungen sogar ohne Partner und Kreditauskunft, bis 20 000,- €

Hinweis:
Die Verkehrsstatistik finden sie im Intranet der Polizei NRW sowie im Internet unter www.im.nrw.de/aktuell



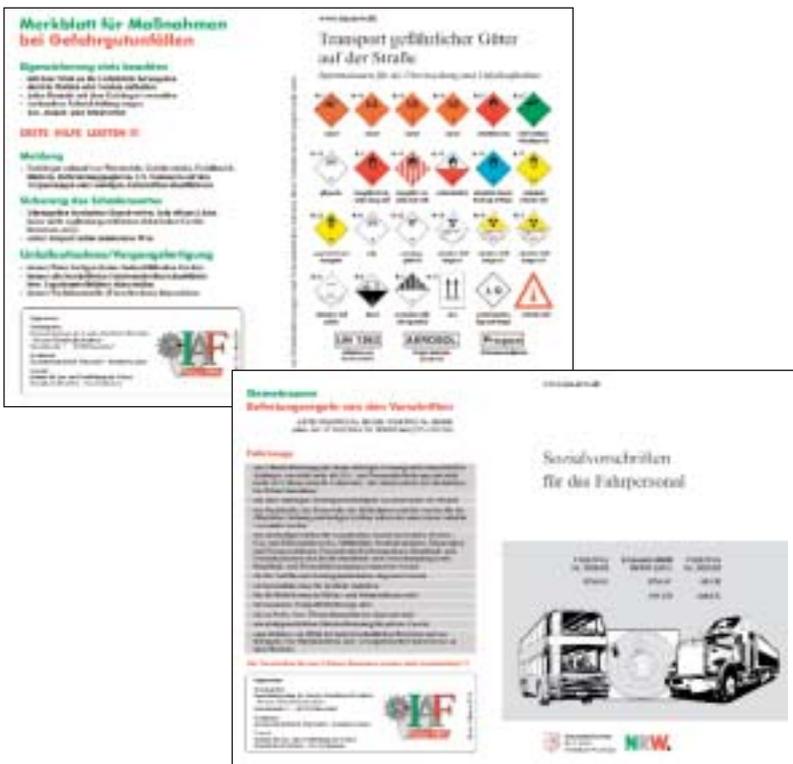
Aus der Praxis für die Praxis!

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei NRW und den Kreispolizeibehörden Münster und Warendorf hat das Innenministerium die Faltblätter zum EU-Führerscheinrecht, zu den Sozialvorschriften für das Fahrpersonal und zum Transport gefährlicher Güter auf der Straße überarbeitet und nachgedruckt. Bei der Überarbeitung der Faltblätter im Brusttaschenformat wurden selbstverständlich die aktuellen Neuerungen zum EU-Führerscheinrecht berücksichtigt. Sie können ab sofort unter

der Internetanschrift www.im.nrw.de im Bereich Publikationen/Schutz und Sicherheit kostenlos bestellt werden. Daneben stehen sie selbstverständlich auch in digitaler Version zum Download zur Verfügung.

Anlassbezogen hat die Polizeiabteilung des Innenministeriums einen Infoerlass über die Bezirksregierungen an die Polizeiabteilungen und Polizeieinrichtungen gesteuert. Darin werden diese angeregt, Sammelbestellungen für Ihre Beschäftigten zu organisieren.

Für Rückfragen steht die Redaktion der „Streife“ zur Verfügung.



St-Nr.	St-Nr. (alte)	St-Nr. (neue)	St-Nr. (alte)	St-Nr. (neue)	St-Nr. (alte)	St-Nr. (neue)
1	1	1	1	1	1	1
2	2	2	2	2	2	2
3	3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4	4
5	5	5	5	5	5	5
6	6	6	6	6	6	6
7	7	7	7	7	7	7
8	8	8	8	8	8	8
9	9	9	9	9	9	9
10	10	10	10	10	10	10
11	11	11	11	11	11	11
12	12	12	12	12	12	12
13	13	13	13	13	13	13
14	14	14	14	14	14	14
15	15	15	15	15	15	15
16	16	16	16	16	16	16
17	17	17	17	17	17	17
18	18	18	18	18	18	18
19	19	19	19	19	19	19
20	20	20	20	20	20	20
21	21	21	21	21	21	21
22	22	22	22	22	22	22
23	23	23	23	23	23	23
24	24	24	24	24	24	24
25	25	25	25	25	25	25
26	26	26	26	26	26	26
27	27	27	27	27	27	27
28	28	28	28	28	28	28
29	29	29	29	29	29	29
30	30	30	30	30	30	30
31	31	31	31	31	31	31
32	32	32	32	32	32	32
33	33	33	33	33	33	33
34	34	34	34	34	34	34
35	35	35	35	35	35	35
36	36	36	36	36	36	36
37	37	37	37	37	37	37
38	38	38	38	38	38	38
39	39	39	39	39	39	39
40	40	40	40	40	40	40
41	41	41	41	41	41	41
42	42	42	42	42	42	42
43	43	43	43	43	43	43
44	44	44	44	44	44	44
45	45	45	45	45	45	45
46	46	46	46	46	46	46
47	47	47	47	47	47	47
48	48	48	48	48	48	48
49	49	49	49	49	49	49
50	50	50	50	50	50	50

35-jährige Beraterkompetenz

Darlehen supergünstig ^{*1)} nominal 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins

Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter *Vorortberatung wählbar alles kostenfrei*

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 14 Jahre Lfz., bei 30 000,- €, mit, *318,- €, bei 60 000,- €, *633,- € Rate, *jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Lfz. 5,70%, eff. Jahreszins 6,22%, b. 14 Jahre, bei Lfz. 12 Jahre eff. Zins ab 6,15%, max. Lfz. 20 Jahre, Kürzere Lfz. bei Gewinnanteilsverrechnung.

*1) Extradarlehen nominal 2,50% ab 2,90% eff. Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Annuitätenhypotheken, Beleihung bis 100% plus EHZ.

www.ak-finanz.de **AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen** *Gebührenfrei* **Tel. 0800/1000 500**
 Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09

Weltjugendtag 2005



Die Jugend der Welt pilgert nach Köln

Vom 16. August 2005 bis 21. August 2005 wird Köln Schauplatz eines kirchlichen Großereignisses.

In dieser Zeit findet der XX. Weltjugendtag statt. Nicht nur der Besuch des Papstes stellt dabei hohe Ansprüche an eine exakte Vorbereitung, sondern auch die rund eine Millionen Menschen, die in Köln und Umgebung erwartet werden.

Der Weltjugendtag stellt sich als eine äußerst komplexe Veranstaltung dar. Schauplatz heiliger Messen und Feiern ist das gesamte Erzbistum Köln, das vom Kreis Mettmann über Gummersbach bis nach Euskirchen reicht. An 400 Örtlichkeiten werden Katechesen abgehalten. Auf die meisten Besucher können sich die Städte Köln, Bonn, Düsseldorf und Wup-

pertal einstellen. Bis jetzt haben sich insgesamt rund 400 000 Pilger per Telefon oder Internet registrieren lassen. Aus Erfahrungen der vergangenen Weltjugendtage rechnet der Veranstalter allerdings mit mindestens 800 000 Pilgern. Hinzu kommen 600 Kardinäle und Bischöfe, 2 500 Priester und rund 4 500 Journalisten.

Die Vorbereitungen der einsatzführenden Kölner Polizei werden momentan dadurch erschwert, dass es nur wenige verlässliche Angaben zum genauen Ablauf des Weltjugendtags gibt. Nachdem die Örtlichkeiten der verschiedenen Veranstaltungen geklärt sind, ändert sich das Programm fortlaufend. Unter anderem ist nicht klar, welche Strecken der Papst im Kölner Stadtgebiet zurück legen wird.

Daraus ergibt sich eine gewisse Unplanbarkeit für die Anzahl eingesetzter Kräfte, für deren Versorgung und Unterbringung.

Seit April vergangenen Jahres hat das PP Köln einen zwölfköpfigen Planungsstab für den XX. Weltjugendtag eingesetzt. Die Mitglieder des so genannten „PLAST“ kommen aus allen Stabsbereichen der Alltagsorganisation. Einer der ersten Arbeitsschritte war der Austausch mit einem der drei Polizeiführer vom Weltjugendtag im Jahr 2002. Sein Erfahrungsbericht aus Toronto floss auch in die Kölner Planungen ein.

Die besondere Aufbauorganisation zur Abwicklung der polizeilichen Maßnahmen erfolgt in 14 Einsatzabschnitten. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Ein-

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Veranstalter des Weltjugendtages sucht noch Freiwillige, die sich ehrenamtlich engagieren wollen.

Unser Land hat mit dem Weltjugendtag ein Geschenk erhalten, das mit Leben gefüllt werden will. Dafür braucht der Veranstalter Unterstützung! Er ist darauf angewiesen, dass möglichst viele Menschen ihm bei der Vorbereitung und Durchführung dieses außergewöhnlichen Ereignisses helfen. Es gibt viele Möglichkeiten, ihn bei der Vorbereitung zu unterstützen, sei es

- als Ehrenamtler im Weltjugendtagsbüro oder als
- Kurzzeitfreiwillige oder Kurzzeitfreiwilliger unmittelbar vor, während und nach dem Weltjugendtag.

Denkbar wäre etwa ein Einsatz als Auszubildende/r für die große Zahl der freiwilligen Ordnungskräfte im Vorfeld der Veranstaltung oder als Ordnungsgruppenleiter/in während der Veranstaltungen.

Auch Sie werden gebraucht! Interessierte sollten sich unmittelbar an die Weltjugendtag gGmbH über die Internet-Adresse www.wjt2005.de wenden.

Für Ihre Bereitschaft zur christlichen Mithilfe schon jetzt ein herzliches Dankeschön im Namen des Veranstalters und der Jugend der Welt.

Aktueller Sachstand zum Projekt ErnST (Neue Dienstwaffe)

Die neuen Dienstpistolen konnten bislang nicht ausgeliefert werden. Wie in der Dezember-Ausgabe der Streife bereits berichtet, hat die Firma Heckler & Koch Rechtsmittel gegen die Vergabeentscheidung eingelegt. Die Firma begründet dies mit Sicherheitsmängeln der Pistole Walther P99 und mit einer Patentverletzung durch die Firma Walther.

Am 19. Januar 2005 fand vor dem Vergabesenat des OLG Düsseldorf die mündliche Verhandlung statt. Mit Beschluss vom 21. Februar 2005 hat das OLG die Beschwerde der Firma Heckler & Koch als unbegründet zurück gewiesen.

Der Vergabesenat hat allerdings eine Patentverletzung durch die Mitbewerberin bejaht. Mit Blick auf die Besonderheiten des Falles hat der Senat nach eingehender Prüfung einen solchen Unterlassungsanspruch von Heckler & Koch dennoch verneint und damit festgestellt, dass einer Lieferung durch die Walther GmbH Hindernisse nicht entgegenstehen.

Die von Heckler & Koch in der Form bestimmungswidriger Schussauslösungen behaupteten Sicherheitsmängel an der Walther-Pistole setzen nach den Feststellungen des Vergabesenats, die schon die Vergabekammer nicht anders getroffen hatte, vorsätzliche, ausdrücklich vorschriftswidrige und zum Teil nur mit

Die Pistole P99
der Firma
Karl Walther



erheblichem Kraftaufwand zu bewerkstellende Manipulationen an der Waffe voraus. Der Senat hat die Vergabeentscheidung des Landes gebilligt, solche Manipulationsmöglichkeiten bei der Wertung der Waffe unberücksichtigt zu lassen, da die Pistole in die Hände verantwortungsbewusster Polizeibeamter gelangen soll. (Vergabesenat Beschluss vom 21. 2. 2005/VII-Verg 91/04) Damit wäre grundsätzlich der Weg frei für die Beschaffung der neuen Dienstpistole. Allerdings ist derzeit nicht auszuschließen, dass die Firma Heckler & Koch versucht, weiterhin patentrechtliche Unterlassungsansprüche gegen die Firma Walther oder das Land Nordrhein-Westfalen als Auftraggeber geltend zu machen. Dies wird zur Zeit abgeklärt. Die Projektgruppe wird in einer der nächsten Ausgaben über das weitere Vorgehen informieren.

Neue funktionsgerechte Dienstbekleidung geplant, erster Trageversuch mit Windstopper-Jacken gestartet

In mehr als 25 Dienstjahren ist ein „Patchwork“ unterschiedlichster Uniformteile bei der nordrhein-westfälischen Polizei entstanden. Diese Entwicklung erschwert mittlerweile erheblich ein einheitliches Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit und macht die Polizeibekleidung zunehmend teurer. Sie muss zudem den steigenden Belastungen des täglichen Dienstes standhalten und die hohen Sicherheitsanforderungen an einen modernen Arbeitsschutz erfüllen.

Deshalb ist ab dem Jahr 2006 beabsichtigt, eine neue funktionsgerechte Dienstbekleidung für die Polizei NRW einzuführen.

Erste Schritte sind eingeleitet worden. So erstellt die Projektgruppe „BerND“ derzeit ein Konzept für das so genannte „technisch/taktische Anforderungsprofil“ und führt auf dem Weg zu einer „neuen Polizeiuniform“ Trageversuche durch, die sie begleitet und bewertet. Wie schon beim Projekt ErnST (Neue Dienstpistole) werden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die

„Streife“ und über das Intranet Pol NRW über den Projektverlauf informiert. Ihre Wünsche und Anregungen sind, wie auch die Teilnahme an Trageversuchen, ausdrücklich erwünscht.

In diesem Zusammenhang sind seit Anfang März rund 1 000 Windstopper-Jacken/Westen (siehe Fotos) an Kolleginnen und Kollegen in Polizeibehörden ausgegeben worden. Sie sollen die Jacken auf ihre Alltagstauglichkeit hin testen und bis zum 30. Juni 2005 dazu ein Bewertung abgeben. Die „Streife“ wird berichten. Anregungen, Wünsche aber auch Kritiken werden unter der Mailadresse: Projekt-bernd-dez25@bezreg-koeln.nrw.de oder per Fax CN-Pol.: 07-3 31-31 89 gerne entgegengenommen.





„Pool ist cool“

Die Polizeiwache Waldbröl der Kreispolizeibehörde Gummersbach verfügt im Wachdienst seit nunmehr zwei Jahren über einen Mitarbeiterpool.

Das alte, starre Schichtsystem mit einem 5-Schichten-Dienstplan wurde am 11. Januar 2003 mit der Einführung von DSM von einem Mitarbeiterpool abgelöst.

Vorangegangen war eine Abstimmung unter allen 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zwischen mehreren Schichtmodellen. Mit knapper Mehrheit wurde für den Mitarbeiterpool gestimmt. Gegner des Pools prangerten u. a. den fehlenden Dienstgruppenhalt an. Dieses Argument wurde allerdings in kürzester Zeit widerlegt.

Dienstvereinbarung

In der Dienstvereinbarung wurden u. a. Funktionsbesetzungspläne, Dienstzeiten, Verbindlichkeit der Dienstplanung sowie ergänzende Regelungen festgelegt. Es wurde auch ein garantiert freies Wochenende im Monat festgeschrieben.

Vorbereitung

Fortan galt es alte Strukturen zu brechen. Einvernehmlich wurden zwei Planer ausgewählt. Bei der Bestimmung der Planer wurde auf deren allgemeine Akzeptanz und Organisationsgeschick geachtet. Auf Wunsch aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde ein sogenannter „Chef-

planer“ eingesetzt, und zwar ein Dienstgruppenleiter mit entsprechender Vorgesetztenfunktion und Anordnungsbezugnis.

Die Planer informierten sich bei bereits bestehenden Pooldienststellen über deren Erfahrungen und praktische Vorgehensweisen.

Im weiteren Verlauf wurden im „Planerbüro“ zwei große Magnettafeln angebracht. Eine dient der Vorplanung, die zweite als Informationstafel. Die Tafel gibt Platz, sieben Wochenpläne im Voraus auszuhängen.

In der Vorplanung wird die Grundbesetzung der jeweiligen Schichtart vorgegeben. Darüber hinaus werden in jeder Schicht Sonderaufgaben sowie über-

lappende Dienste angeboten. Hier können die Kolleginnen und Kollegen ihre Dienstwünsche eintragen. Priorität hat natürlich die Erfüllung der Grundbesetzung.

In der Vergangenheit wurde der Dienst immer vorgeschrieben, jetzt konnte er selbst vorgeplant werden. Anfangsproblem haben sich sehr schnell erledigt, als man die Vorteile, frei zu planen, richtig erkannt hatte.

Die angeführte Vorplanung wird von den Planern Donnerstags in SP-Expert übernommen und für die kommende Woche verbindlich geschrieben.

Erste Erfahrungen und Umsetzung des Mitarbeiterpools

Die Auflösung der Dienstgruppen warf einige Fragen auf:

- Wer beurteilt mich jetzt?

wirken. Die Beurteilungsgruppen machen durchschnittlich einmal im Monat einen „Stehtag“ mit freier Dienstzeiteinteilung. An diesen Tagen werden Sonderkontrollen, Dienstunterricht oder auch Dienstsport durchgeführt.

Die Termine für die Integrierte Fortbildung werden von den Planern in die Vorplanung eingetragen. Die Beamtinnen und Beamten planen darauf hin ihre eigenen Fortbildungstermine ein. In einer Jahresübersicht überprüfen die Planer die gleichmäßige Teilnahme aller Beamtinnen und Beamten an der Integrierten Fortbildung, am Fahrsicherheitstraining oder an der Unterweisung in Erste Hilfe. Zum Dienstsport finden sich in regelmäßigen Abständen interessierte Beamte in Lauffreize, zum Spinning, Fitness, Badminton, Squash oder Fußball.

Selbst die Urlaubsvorplanung verläuft jetzt problemlos. Eingereichte Urlaubs-

Da sich Viele anfangs zu sehr an ihrer Wochenarbeitszeit anstelle ihres Jahresarbeitszeitkontos orientierten, plante man über die Wochenarbeitszeit hinaus, um im Differenzkonto nicht ins Minus zu rutschen.

An dieser Stelle sei angeführt, dass in der Dienstvereinbarung kein Plus- oder Minuslimit im Differenzkonto festgeschrieben wurde. Intern einigte man sich aber auf ein maximales Plus/ Minus.

Nach einigen Wochen hatten wir allerdings Vergleichsmöglichkeiten bei der Vergabe von Diensten bzw. bei deren Streichungen. Wir führen mit dem Einverständnis Aller eine sogenannte „Dienstliste“. In dieser Übersicht werden alle geleisteten Schichtarten pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter, einschließlich der Lapper-Dienste, Sonderaufgaben und Wochenenddienste aufgeführt. Die einsatzbelastenden Freitag- und Samstag-



- Wie erfolgt die Fortbildung, Schießen, Dienstsport, Urlaubsvorplanung?

- Was geschieht mit den Kaffeekassen, Dienstgruppenschranken, Postfächern usw.?

In so genannten Beurteilungsgruppen wurden den sechs Dienstgruppenleitern anteilmäßig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugeteilt. Der danach verantwortliche DGL führt Mitarbeitergespräche und erstellt die Erstbeurteilung. Alle anderen DGL werden bei der Erstellung der Erstbeurteilung beratend beteiligt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen diese Beurteilungsform als wesentlich objektiver an, da mehrere Führungskräfte an den Beurteilungsbeiträgen mit-

wünsche werden in der Regel ohne große Verschiebungen erfüllt.

Anstelle der einzelnen Kaffeekassen trat eine gemeinsame Kaffeekasse, welche aus einheitlichen Beiträgen aller unterhalten wird.

Jede Kollegin und jeder Kollege erhielt ein eigenes Postfach, in welchem Dienstpost, Gerichtstermine usw. hinterlegt werden.

Bei der Dienstvorplanung kam es anfangs zu Streichungen, weil die Planer speziell zu den einsatzarmen Zeiten, wie z. B. Sonntag Frühdienst, rigoros in der Grundbesetzung vorplanten.

Da noch keine Vergleichsmöglichkeiten vorlagen, führte dies manchmal zu Unverständnis.

nachtdienste sind nochmals separat aufgelistet. Anhand dieser Liste kann man die gleichmäßige Belastung der Beteiligten mit als unangenehm empfundenen Diensten überprüfen.

Flexibilität

Der Mitarbeiterpool bietet sowohl dem Vorgesetzten bei der Planung von Kräften, als auch dem Einzelnen bei seiner Dienstfreigestaltung ein hohes Maß an Flexibilität. So ist es heute kein Problem mehr, anstehende Sondereinsätze mit eigenen Kräften zu bewältigen. Es finden sich immer genügend Freiwillige, überraschenderweise auch an Wochenenden.



So verhält sich auch das Planungsverhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Feiertagen. Waren früher beispielsweise die Weihnachtsfeiertage mit einem „Schichtenblock“ komplett besetzt, so planen sich die Kollegen nunmehr allesamt für einen oder zwei Tage in der

Arbeitszufriedenheit

Verbunden mit dieser Möglichkeit der Dienstplangestaltung stieg natürlich auch die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dass zufriedene Kolleginnen und Kollegen ein besseres Ar-

beitszufriedenheit ist kein Geheimnis und anhand von gestiegenen Tät-Zahlen, Blutproben und Festnahmen zu belegen. Selbst ältere Kollegen des Wachdienstes der PW Waldbröl, für die der Schichtdienst zu einer immer größer werdenden Belastung wurde, konnten überzeugt werden.

Originalzitat eines 47-jährigen Kollegen: „Ich komme wieder gerne zum Dienst.“ Wir haben festgestellt, dass der Umgang miteinander besser geworden ist. Bisher kannte man einige Kolleginnen und Kollegen nur vom Schichtwechsel, nun richtet jeder mit jedem Dienst. Hiervon profitieren alle. An den Tagen zur Förderung der Betriebsgemeinschaft findet nahezu eine

hundertprozentige Beteiligung statt. Der Dienst wird an diesen Tagen von der PHW Gummersbach oder unseren Bezirksdienstbeamten gewährleistet. Vom früheren Dienstgruppenhalt spricht auf der Polizeiwache Waldbröl niemand mehr.



Schichtart ihrer Wahl vor und haben dennoch genügend Freizeit.

Das ist auch der entscheidende Faktor im Mitarbeiterpool: Es besteht die Möglichkeit, private Interessen mehr als bislang zu berücksichtigen.

Plötzlich muss der Freundeskreis seine Aktivitäten nicht mehr nach dem „Schichtdienstler“ richten, sondern „der“ kann seinen Dienst fast immer nach den Aktivitäten des Freundeskreises vorplanen. Regelmäßig wiederkehrende Wochenveranstaltungen, z. B. Training, VHS etc. können jetzt wahrgenommen werden. Selbst kurzfristige Dienständerungen, auch innerhalb der Verbindlichkeit, werden in der Regel wunschgemäß erfüllt.

Innerhalb der Beurteilungsgruppe oder der Fortbildungsgruppe besteht eine Dienstgruppe in lockerer Form. Der diensthabende Dienstgruppen- oder der Beurteilungsgruppenleiter ist der ständige Ansprechpartner in Führungsposition. Der gewollte oder ungewollte Dienstgruppenzwang gehört endgültig der Vergangenheit an.

Die anfänglichen Informationsdefizite untereinander sind mit täglichen kurzen Dienstbesprechungen vor jeder Schicht beseitigt.

Jeder Angehörige des Wachdienstes hatte mehr als das anfänglich eine garantiert freie Wochenende, im Durchschnitt verrichtete jeder jährlich an 51 Wochenendtagen/Feiertagen seinen Dienst.

Fazit

Sowohl die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch die Vorgesetzten sind vom „Pool“ überzeugt.

Die durchweg positiven Erfahrungen konnten bereits an andere Dienststellen weitergegeben werden. So hat sich mittlerweile die PHW Köln-Kalk der PI SO des PP Köln nach nur dreimonatigem Probeauf mit weit über 90-prozentiger Zustimmung für einen Poolbetrieb entschieden. Auch die Polizeiwache in Siegen-Kreuztal startet in Kürze den Probeauf für einen Mitarbeiterpool.

Das Fazit nach 2 Jahren Mitarbeiterpool lautet einhellig:

Pool ist cool.

Bezugnehmend auf unser Titelfoto bleibt festzustellen „Wer im Pool ist, muss noch lange nicht baden gehen.“

Für Nachfragen oder Anregungen stehen wir gerne zur Verfügung.

Kontakte:

CN Pol NRW 07-354-521 oder

E-Mail Klaus.Schmidt.WB@

Gummersbach.Polizei.nrw.de

Rechtsanwalt

Dr. Henning Obst

Mozartstraße 21 · 40479 Düsseldorf

Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Tätigkeitsschwerpunkte:

Disziplinarrecht, Beamtenrecht

(z. B. Beförderungs- und Beurteilungsstreitigkeiten, Zuruhesetzung, Dienstaufsichtsbeschwerde usw.)

Verteidigung in Strafverfahren gegen Beamte

Tel. (0211) 49 76 57-0 · Fax (0211) 49 76 57-27

E-Mail: RAeDOBDuesseldorf@t-online.de

www.disziplinarrecht-nrw.de



AUTOKAUF



zu TOP-KONDITIONEN

- ▶ Neuwagen
- ▶ Gebrauchtwagen
- ▶ Freizeitmobile
- ▶ Jahreswagen
- ▶ Fast alle Fabrikate – Enorm günstig!

Informieren Sie sich!

Ihr Ansprechpartner: Kollege Thomas Brockhaus

Internet: www.autotopkauf.de und

www.freizeitmobilkauf.de



(0 22 07) 76 77

ENFORCER
PÜLZ GMBH



1 Polizei-Strickjacke:

mit Brusttasche und Reißverschluss.
Deutsche Herstellung.

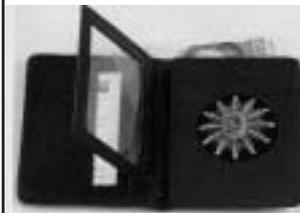
Größen 46-64

Mit Schulterschlaufe

Polizeigrün

Best.-Nr.: 4411

55,- €



2 Dienstausweistasche

mit beidseitig sichtbarem Ausweisfach
und Scheinfach.

Best.-Nr.: 5776

33,- €



3 Der neue ENFORCER Military-Katalog

Schutzgebühr

5,- €

Besuchen Sie uns:

Mo. bis Fr.: 10.00 bis 18.00 Uhr

Sa.: 10.00 bis 14.00 Uhr



Alle Preise

zuzügl. Versandkosten

**Neuen Farbkatalog
abholen oder anfordern:**

ENFORCER GmbH

Ubstadter Straße 36

76698 Ubstadt-Weiher

Tel. (0 72 51) 96 51-0

Fax (0 72 51) 96 51-14

Filiale BERLIN: Rankestr. 14

www.enforcer.de



Bunter Reinold II

PP Dortmund übt Bewältigung einer „Größeren Schadenslage“ am Flughafen

Am 2. Oktober 2004, gegen 22.00 Uhr landet ein Passagierflugzeug mit fast 100 Zivilpersonen und Bundeswehrsoldaten aus Skopje auf dem Flughafen Dortmund. Die Passagiere verlassen das Flugzeug und werden mit Bussen zum Terminalgebäude gefahren. In diesem Moment gerät eine 8-sitzige Propellermaschine im Landeanflug außer Kontrolle, streift zunächst ein abgestelltes kleines Verkehrsflugzeug, in dem sich

noch einige Personen befinden. Es geht sofort in Flammen auf. Danach kollidiert das Propellerflugzeug mit den beiden Bussen. Einer der Busse brennt sofort in voller Ausdehnung, der andere wird schwer beschädigt. Das Propellerflugzeug rast weiter und bleibt an einem Hangartor liegen. Das Vorfeld ist übersät mit Verletzten, Verstorbenen, Wrack- und Trümmerteilen sowie vielen Koffern und Taschen.

Dies war das Übungs-Szenario, das der Ständige Stab des PP Dortmund entwickelt hat und das es zu bewältigen galt.

„Bunter Reinold II“ – eine gemeinsame Übung der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes Dortmund, verschiedener Krankenhäuser, der Flughafen Dortmund GmbH, sowie der Bundeswehr. Um die Aktivitäten aller Organisationen ziel- und sachgerecht zu bündeln, wurde die gemeinsame Vereinbarung zur Durchführung der Übung „Bunter Reinold II“ getroffen, die den Handlungsrahmen für alle Organisationen bot. Wesentliche gemeinsame Übungsziele waren das Erkennen der Potenziale und Verfahrensweisen zur gemeinsamen Bewältigung von größeren Schadenslagen sowie die Überprüfung der Zusammenarbeit.

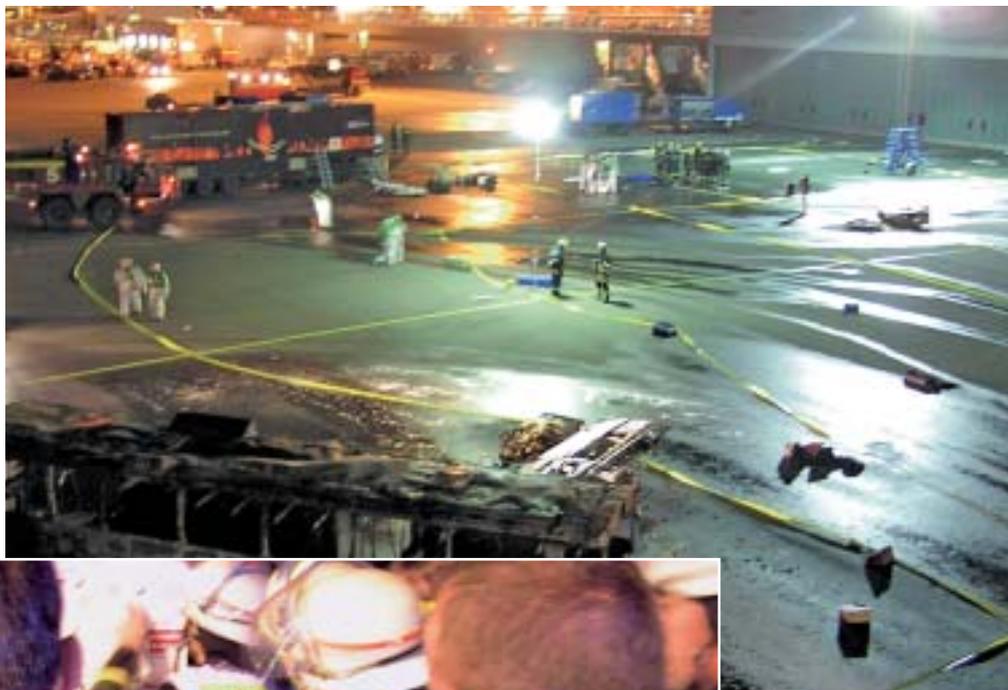
Die Planungen dieser komplexen Übung begannen bereits im Dezember 2003. In der 10-monatigen Vorbereitungszeit brachten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ständigen Stabes intensiv ein, um zusammen mit Vertretern der anderen Organisationen das geplante Szenario zu verwirklichen, die Betreuung von über 200 Gästen und Pressevertretern zu organisieren, die Versorgung sicherzustellen und technische Fragen zu klären. Alleine für das Szenario galt es, über 100 Darsteller mit Übungsidentitäten und Beziehungen sowie passenden Gepäckstücken auszustatten, Fluggesellschaften zu „gründen“, Busse und Flugzeuge zu präparieren und „Dummies“ in Leichen zu verwandeln. Ein derart realistisches Szenario entsteht eben nicht über Nacht. 23.00 Uhr – die Übung beginnt: Explosionen stören die Nachtruhe, ein Flammenmeer taucht den Flughafen in ein gleißendes Licht, Menschen schreien um Hilfe. Zu diesem Zeitpunkt liegen bereits 10 Stunden „harte“ Vorarbeit hinter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des

Ständigen Stabes, damit ist die Arbeit aber nicht getan. In der Übungsleitung wird Regie geführt – ein Übungsszenario läuft nicht von alleine ab, als Schiedsrichter beobachten sie die Arbeit der üübenden Kräfte, geben Hinweise und sorgen für Sicherheit. Kurz nach 23.00 Uhr treffen die ersten üübenden Polizeikräfte ein, es sind Kolleginnen und Kollegen aus dem Wach- und Wechseldienst. Von der Realitätsnähe sind sie sichtlich beeindruckt. Dennoch treffen sie professionell die am Schadensort erforderlichen Maßnahmen. Andere Kräfte übernehmen die umfangreichen Verkehrsmaßnahmen – alleine die Feuerwehr erscheint mit einem Großaufgebot an Fahrzeugen und Personal am Flughafen, Rettungsdienste transportieren die vielen „Verletzten“ tatsächlich in Krankenhäuser. Der EA Ermittlungen beginnt mit der Verletztenregistrierung und der Bearbeitung von Vermisstenfällen. Erstmals kommt in diesem Umfang auch das eigens von den ZPD für diese Fälle entwickelte Programm „GSL.net“ beim PP Dortmund zum Einsatz.

Gegen 1:00 Uhr kehrt Ruhe ein, die Hektik der Menschenrettung und Brandbekämpfung ist vorbei. Die Tatortgruppe übernimmt den Schadensort – er gleicht einem Schlachtfeld. Schritt für Schritt wird bis 4:00 Uhr der objektive Tatbefund erhoben, die Leichensachen bearbeitet, das Gepäck asserviert, die Busse und die Flugzeuge werden in Augenschein genommen.

6:00 Uhr, die Übung ist beendet, das erste Flugzeug startet (real) nach Mallorca. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ständigen Stabes kommen zu dem Schluss: Die Übung war erfolgreich. Aber zu verbessern gibt es immer etwas, also beginnt nun die umfangreiche Nachbearbeitung. Der Ständige Stab wird die gewonnenen Erfahrungen aus der Übung verarbeiten, sie anderen Behörden zur Verfügung stellen und soweit erforderlich, die Planentscheidungen anpassen.

*Uwe Thieme,
PP Dortmund,
Leiter Ständiger Stab*





Handwerkliche Verbesserungen, Qualität in der Stabsarbeit

Die Kreispolizeibehörden im Bezirk Arnberg wollen die Qualität der Stabsarbeit verbessern. In einer Veranstaltung mit allen Leitern und Dezenten der Abteilungsstäbe wurden die neuen Instrumente vorgestellt und eingeführt.

Chancen für Querdenker

Auch für Querdenker gelten Regeln – wenn sie erfolgreich sein wollen. In der Vergangenheit ist viel Kritik über die Stabsarbeit geäußert und gelegentlich über Reduzierungen der Stäbe nachgedacht worden. Doch Stabsarbeit ist heute notwendiger denn je. Ihre Form muss sich nur an den veränderten Anforderungen orientieren. Deshalb führte die BR Arnberg im November 2004 unter der Leitung von LPD Manfred Houf eine Arbeitstagung mit den Leitern und Dezenten der Abteilungsstäbe aller KPB des Bezirks durch.

Konzentration auf das Wesentliche

Mit allen KPB/AP (GS 1, GS 2 und GS 3) wurden Konzepte zur Optimierung der Stabsarbeit entwickelt. Mit den Leitern GS wurde Einvernehmen darüber erzielt, Hilfsmittel zur Stabsarbeit künftig auf allen Ebenen (Führungsstellen der Unterabteilungen, Abteilungsstäbe GS, Dezerat 26 der BR) einzusetzen. Jeder Beteiligte soll die wesentlichen Informationen, nach bekannten und einheitlichen Methoden anschaulich dargestellt, auf einen Blick erfassen können.

Abteilungsleiterin Dr. Katharina Giere, jetzt Polizeipräsidentin von Recklinghausen, führte aus, dass „Qualitätsfragen auf allen Ebenen der Polizeiarbeit immer stärker in den Mittelpunkt rücken“. Sie vertrat die provokative These, dass „gegenwärtig in weiten Teilen der Polizei NRW offenbar Probleme bestehen, die geeignete Strategie zur lang- und mittel-

fristigen Verwirklichung der Organisationsziele zu finden und umzusetzen“. Aus diesem Grund und zu diesem Zweck müssten wir die richtigen Methoden, Instrumente und Verfahren einsetzen.

„In Zeiten des Friedens ersetzen Stäbe den Feind!“

LPD Michael Temme vom PP Köln referierte über die Schwachstellen und Perspektiven der Stabsarbeit. Zugespielt formulierte Temme u. a. ein Zitat aus dem Hause Daimler-Chrysler, nach dem Stäbe in Friedenszeiten den Feind ersetzen. Überzeugt davon, dass „Stabsarbeit ein so wichtiges Thema ist, dass man auch manchmal piksen muss, damit man in die richtige Richtung diskutieren kann“, nutzte Temme in seinem Impulsreferat häufig auch pointierte Formulierungen. Temme zerstreute alle Zweifel, aufgrund von Effizienzproblemen müsste nach



Alternativen zur Stabsarbeit gesucht werden. Vielmehr hält er eine Neubestimmung der Stabsarbeit für dringend erforderlich.

Mehr Erfolg der Stabsarbeit

Der Schlüssel zum Erfolg polizeilicher Aufgabenwahrnehmung liegt in der reibungslosen und koordinierten Zusammenarbeit von der Ebene der Behördenleitung über die Unterabteilungen bis zu den Basis-Organisationseinheiten. An den Organisationszielen ausgerichtete Aufgabenerfüllung hängt insoweit ab von der professionellen Erhebung, Auswertung und Bewertung sowie Steuerung polizeilich relevanter Informationen. Instrumente der Stabsarbeit machen die Sache rund. Die Stabsexperten prüften kritisch den Nutzen der einzelnen Instrumente für ihren Aufgaben- bzw. Produktbereich und erklärten ganz überwiegend ihre Bereitschaft, die polizeipraktisch als geeignet bewerteten Hilfsmittel künftig einsetzen zu wollen.

Stabsarbeit ist zukunftsorientiert

Die Anforderungen an die Stabsarbeit aus Sicht des Innenministeriums NRW artikulierten im Finale der Arbeitstagung LdsKD Rolf Behrendt, LPD Frank Schankin und



Michael Temme vom PP Köln

PD Dieter Hoinka. Am Thema orientiert entwickelte sich eine rege Diskussion. Die Vertreter des IM betonten in ihren Statements den hohen Stellenwert professioneller Stabsarbeit, die nicht Verwaltung, sondern Service darstelle, und unverzichtbar sei für die erfolgreiche Umsetzung des Steuerungs- und Führungssystems der Polizei. In diesem Sinne müsse die Stabsarbeit für die Zukunft aufgewertet werden. Nach den Worten Hoinkas hält das Ministerium es daher für geboten, „Stabsarbeit im Kern zu standardisieren“ und „Mindestvorgaben für die Qualität von Stabsarbeit“ zu entwickeln.

Eine Gesamtpräsentation der Instrumente der Stabsarbeit und eine Arbeitsunterlage „Instrumente zur Stabsarbeit“ werden interessierten BR/KPB/AP auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Urlaub und Reisen

Bad Reichenhall/Bayerisch Gmain (Berchtesgadener Land)

Gemütl. Landhaus a. Wald mit Panoramablick auf das Lattengebirge. 300 m bis Österreich. EZ u. DZ m. DU/WC, Bk./Terr., Frühst., ab € 24,- pro Pers., Sauna, Fitnessraum, Solarium. 2 x FeWo für 2-4 Pers. Prospekt bitte anfordern. Tel. 08651/64700

Ostseebad - Laboe

von Mai bis Sept. Komf.-FeWo.
ca. 50 m² bis 4 Pers. mit Stellplatz,
Tel. 0 43 43/83 56

Nordseebad St. Peter-Ording:

Gemütliche Ferienwohnung und Reetdachhäuser bis zu 6 Pers., zentr., ruhige Lage, strandnah u. a. Preisw. „Alles-Inklusive-Angeb.“ z. B. 1 Wo. Aufenth. m. tollen Nebenleistungen f. z. B. 2 Pers. ab 305 €.

Bitte Hausprospekt anfordern
Tel. 0 48 63/41 41 · Fax 41 42

Bauernhof/Nähe St. P. Ording

Kühe, Kälber, Schafe, Pferde, Pony, Reiten möglich. Ruhige, idyll. Lage zur Nordsee (800 m). Gemütl. FeWos für 2-6 Pers. od. Gruppen. Frühstück m. Panoramabl., Sauna, Hausprospekt! Tel. 0 48 62/85 41, Fax 10 30 84 www.rickerts.de, rickerts@t-online.de

Trauminsel Mauritius

für Kollegen, kleine familiäre Apartment- und Bungalowanlage direkt am Strand. Infos unter www.mauritius-traumvilla.de

Tel. 0 21 58/40 08 05, Fax 0 21 58/40 46 71
Ab € 32 pro Person/Tag/inkl. Halbpension

Urlaub im Spreewald

ruhige faml. gef. Pension, bietet ganzjährig Komfort. FeWo/FeZ u. 2 FH, ideal für Paddel-, Kahn- und Fahrradtouren, Naturidylle und nicht weit von Berlin Pension „Am Wiesengrund“ 03096 Schmogrow/Spreewald Tel. und Fax 03 56 03/6 01 48

Gemütliche Ferienwohnungen für 2 bis 4 Personen in

Tinnum/Alt Westerland und Morsum

Hausprospekt anfordern Fax 0 46 51/89 16 33
Tel. 0 46 51/3 59 23

Bad Rothenfelde a. T.W.

Komf. Hotel-Apartm., 50 m², 2 Zi., Balk., Schwimmbad, Sauna, med. Badeabt., Restaurant, U.p.Tag, 2 Pers. 29,00 Euro
Tel. 02 34/41 09 41

gesund durch traditionelles
AYURVEDA in Südindien
Kurzentrum und Hospital - seit 40 Jahren
Kuren-Ausbildungen-Reisen
Tel. 07222 29201
www.intensivleben.de

Verkehrsgerechtstag für Raser und Drängler



Das Unfallrisiko steigt bei drängelnder Fahrweise. Foto: VW/HP/dpp

Die bestehenden Vorschriften reichen „nach Inhalt und Strafdrohung aus, um Verkehrsverstöße angemessen zu sanktionieren und künftigem Fehlverhalten vorzubeugen“, befand der Verkehrsgerechtstag 2005. Die polizeiliche Ermittlungsarbeit soll verbessert werden. 1 500 Experten aus Justiz, Polizei, Verbänden und Versicherungswirtschaft formulierten Empfehlungen an den Gesetzgeber.

Verstärktes Vorgehen gegen Rowdys

Brutale Spurwechsel, Schneiden, Ausbremsen: Auf Deutschlands Straßen wird immer aggressiver gefahren; die Zahl der angezeigten Nötigungen steigt. Die Dunkelziffer ist groß. Den Verkehrsrowdys ihr rücksichtsloses Verhalten nachzuweisen,

ist oft schwierig. Für eine Anzeige benötigt man Kennzeichen, Fahrzeugtyp, Farbe, Angaben zu Fahrer/Beifahrer, Datum und Uhrzeit, Ortsangabe und gefahrene Geschwindigkeit. Sind die Angaben über den Vorfall zu ungenau und streiten die Angezeigten die Tat ab, wird das Verfahren oft eingestellt.

Die bestehenden Vorschriften, insbesondere

- Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315 c StGB),
- Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315 b StGB) und
- Nötigung (§ 240 StGB),

können die üblichen Verhaltensweisen erfassen. Da Strafrecht immer „letztes Mittel“ sein soll, ist der strafrechtliche Schutz mit dem vorhandenen Instrumentarium prinzipiell gewährleistet.

Wichtige Anstöße für bessere Ermittlungen

Die erfolgreiche Bekämpfung von „Rowdytum“ im Straßenverkehr scheitert nach dem Ergebnis einer Untersuchung von Staatsanwalt Hans-Peter Knaack, Saar-



Rüffel für Rowdys: Generalbundesanwalt Kay Nehm kritisiert rücksichtslose Fahrer
Foto: Schlanstein

gegen höhere Strafen

brücken, zumeist im verfahrensrechtlichen Bereich, und zwar in der Rekonstruierbarkeit des Tatgeschehens und der konkreten Nachweisbarkeit der Täterschaft. Der unmittelbare räumliche und zeitliche Tatvergang einer Nötigung oder Verkehrsgefährdung müsse konkret substantiiert dargestellt und glaubhaft gemacht sowie von der Polizei genauestens protokolliert werden. Es gebe nach der Tatschilderung durch den Anzeigenerstatter nie wieder eine bessere Chance, eine authentischere Darstellung des tatsächlichen Geschehens zu bekommen. Durch „verbesserte persönliche und sachliche Ausstattung der Polizei sowie zeitnahe Ermittlungen, vor allem im Rahmen des ersten Zugriffs“ könnte eine deutliche Steigerung der derzeit nicht zufriedenstellenden Aufklärungsquote erreicht werden. Gegenwärtig müssten etwa 80 bis 90 % aller angezeigten Aggressionsdelikte im Straßenverkehr durch die Staatsanwaltschaften eingestellt werden. Diese Situation sei nicht länger hinnehmbar.

Der Vizepräsident des Deutschen Verkehrsgerichtstags Hans-Jürgen Gebhardt fragte: „Warum arbeitet die Polizei bei angezeigter Nötigung oder Verkehrsgefährdung nicht in gleicher Weise unverzüglich wie in Fällen der Trunkenheit oder Verkehrsunfallflucht?“ Bei letzteren Delikten gebe es das Problem massenhafter Verfahreseinstellungen nicht. Zeitraubende schriftliche Ermittlungersuchen auf dem Postweg über mehrere beteiligte Dienststellen führten meist zu einer Verschleppung der Verurteilungschancen. Durch eine sofortige polizeiliche Kontaktierung des Halters an des-



Täglicher Kleinkrieg auf der Autobahn
Foto: DVR

sen Wohnung könnten viele Angezeigte überführt und für die Zukunft von weiteren Rüpeleien abgeschreckt werden.

Halterhaftung soll ausgedehnt werden

Der Arbeitskreis „Verkehrsüberwachung in Deutschland und Europa“ forderte, die Kostentragungspflicht des Halters nach § 25 a StVG auf den Bereich der geringfügigen Geschwindigkeitsüberschreitungen (Verwarnungsbereich) auszudehnen. Zudem hat das Gremium verlangt, Herstellung und Vertrieb von Geräten zur Warnung von Radaranlagen zu verbieten. Die Experten lehnten aber Pläne ab, nach

denen nicht nur die Polizei, sondern auch die Kommunen Autofahrer nach Verkehrs-sünden anhalten dürfen. Die Fachleute empfahlen dem Gesetzgeber, verdachtslose Blutalkoholkontrollen für den Fall zuzulassen, wenn ein Fahrer eine Atemalkoholmessung verweigert.

Ernüchternd erscheint die von Generalbundesanwalt Nehm vor dem Plenum des Gerichtstages getroffene Feststellung, dass die deutschen Autofahrer grundsätzlich zu kontrollierten Temposünden bereit sind und Verkehrsregeln lediglich als Beschränkung der individuellen Freiheit verstehen. Das Potenzial zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ist also noch keineswegs ausgereizt.

Anzeige

www.polizeiladen.com – Tel. 08 00 - 0 / 73 28 74 89

SCHUPPENFLECHTE • NEURODERMITIS • WEIßFLECKENKRANKHEIT

Endlich neue therapeutische Möglichkeiten!

Gute Heilungschancen durch den **X-TRAC-Excimer-Laser**. Bisher 7 platzierte Geräte in der BRD. Das erste Gerät für **NRW** jetzt in **MARL**.
Wir informieren Sie gerne!

Laserschwerpunktpraxis: Dr. R. Bertlich – Hautarzt – Brassertstr. 66 · 45768 Marl
Tel.: 0 23 65 / 5 69 03 · Fax: 0 23 65 / 5 70 03 · www.dr-bertlich.com

Risiko Landstraße, Traum und Albtraum!



Alleen und Landstraßen sind beliebt, aber außerordentlich gefährlich: Fast zwei Drittel aller Verkehrstoten in Deutschland sind hier zu beklagen. Die besonderen Gefahren werden von den Autofahrern häufig unterschätzt und müssen dringend bekämpft werden. Dies ergab ein im Dezember 2004 in Leipzig veranstalteter Fachkongress des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR).

Reduktionspotentiale erschließen

Nach dem Verkehrssicherheitsprogramm NRW 2004 ist es Ziel der Landesregierung, die Zahl der Unfälle, insbesondere die mit Personenschäden, sowie die Schwere der Unfälle soweit wie möglich zu verringern. Hierzu müssen alle Maß-

nahmen, die geeignet sind, die Verkehrssicherheit nachhaltig zu verbessern, tatkräftig unterstützt werden, damit bis zum Jahr 2015 die Zahl der auf nordrhein-westfälischen Straßen Getöteten um die Hälfte gesenkt wird.

Auch das Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung setzt Prioritäten, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Vorhandene Gefährdungspotenziale sollen identifiziert und Maßnahmen gezielt ergriffen werden. Ein Schwerpunkt liegt bei den Landstraßen, da die rückläufigen Unfallzahlen, die auf allen anderen Straßen registriert werden, dort bundesweit bei weitem noch nicht erreicht worden sind.

Zudem hat die EU-Kommission sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Reduzierung der

Zahl der Verkehrstoten um die Hälfte auf 20000 bis 2010. Größte Gewinne bei der Rettung von Menschenleben sind vor allem dort zu erzielen, wo die Risiken des Straßenverkehrs besonders hoch sind: auf den Landstraßen!

Unfälle – Ursachen – Trends

„In Deutschland ereignen sich knapp 30 % aller Unfälle mit Personenschaden auf Landstraßen. Hier kommen fast zwei Drittel aller im Straßenverkehr tödlich verletzten Verkehrsteilnehmer ums Leben“, erläuterte Kai Assing von der Bundesanstalt für Straßenwesen auf der Leipziger DVR-Tagung. Die Begründung liegt in hohen Geschwindigkeiten und – gegenüber den Autobahnen – im Vorhan-

densein von Knotenpunkten und entgegenkommendem Verkehr.

Betrachtet man die Konfliktsituationen bei Landstraßenunfällen, so handelt es sich überwiegend um Fahrurfälle (39%), bei denen die Fahrerinnen und Fahrer, meist in Kurvenbereichen, die Kontrolle über das Fahrzeug verloren hat oder um Unfälle im Längsverkehr (23%), die durch einen Konflikt zwischen Verkehrsteilnehmern derselben Fahrlinie ausgelöst wurden, z. B. Überholen oder Gegenverkehr sowie um Kollisionen an Kreuzungen und Einmündungen (16%). „Überproportional hoch ist der Anteil der jungen Erwachsenen als Hauptverursacher der Unfälle.“ Junge Erwachsene im Alter von 18 bis 24 Jahren sind, obwohl sie nur 8% der Bevölkerung ausmachen, an jedem vierten Landstraßenunfall beteiligt und wurden hierbei zu 69% von der Polizei als Hauptverursacher registriert. Häufig fuhren sie mit einer der Örtlichkeit, der Witterung, den Lichtverhältnissen und der Verkehrssituation „nicht angepassten Geschwindigkeit“.

Der erfreuliche Rückgang der Getötetenzahlen verläuft 2004 – wie schon in den vergangenen Jahren – auf Landstraßen prozentual wieder relativ gering gegenüber den stärkeren Rückgängen innerorts und auf Autobahnen, berichtete Assing. Das heißt, der relative Anteil schwerer Personenschäden auf Landstraßen steigt! Das allerdings wird von den meisten Verkehrsteilnehmern entweder verdrängt oder aber sie wissen es einfach nicht besser.

Die selbsterklärende Straße

Viele Autofahrer denken, zu einer Straße gehörten ein gewisser Verlauf und vielleicht noch ein paar Linien oder Verkehrszeichen. Das sei selbstverständlich und habe doch keine ernsthaften Auswirkungen auf die Sicherheit.



Dass die Gestaltung der Straßen aber ganz entscheidend ist für die Verkehrssicherheit, erklärte Prof. Dr.-Ing. Stefan Bald von der TU Darmstadt: die Fahrerinnen und Fahrer müssten schwierige Fahrsituationen schnell und sicher erkennen und einschätzen können. Allerdings sei die Straße nur unter einem sehr ungünstigen, weil aus der Frontscheibe des Auto sehr flachen Blickwinkel zu sehen. Sie müsse daher „optisch sauber“

trassiert und gestaltet sein, Wesentliches erkennbar machen und Ablenkungen durch Unwesentliches nicht zulassen. Deshalb komme es darauf an, den Straßenraum so zu gestalten, dass korrektes Verhalten bei der Geschwindigkeit, Spurwahl und den Vorfahrt-/Vorrangverhältnissen durch die Einheit von Bau und Betrieb erleichtert wird. Unsere Landstraßen gehörten mindestens an unfallauffälligen Abschnitten auf den Prüfstand.





Unterschätzte Gefahren

Die meisten Kraftfahrer sind sich nach Untersuchungen von Dr. Dieter Ellinghaus, IFAPLAN, Köln, über die mit dem Befahren von Landstraßen und Alleen verbundenen Gefahren nicht bewusst. „Wie wenig ausgeprägt das Gefahrenbewusstsein ist, zeigt sich daran, dass rund drei Viertel der Pkw-Fahrer jedwedes Unsicherheitsgefühl in Alleen bestreiten“, erklärte Ellinghaus. Weder die Mächtigkeit der Bäume neben der Fahrbahn noch eine geringe Breite der Straße und des Seitenabstandes zu den Bäumen veranlasse Kraftfahrer zu einer nachhaltigen Verringerung ihrer Geschwindigkeit. Manche Kraftfahrern hätten „die irri- ge Vorstellung, bei Schleudervorgängen in Alleen den Aufprall auf Bäume dadurch vermeiden zu können, dass man sich zwischen zwei Bäumen hindurch bewegt.“ Bei den notwendigen Sicherheitsmaßnahmen denkt Ellinghaus an Tempolimits von beispielsweise 80 km/h und deren Überwachung, aber auch an Schutzplanken, die zwar von manchen als ein optischer Schandfleck gesehen, jedoch mehr Sicherheit bringen würden.

Unfallkommissionen

Das in Deutschland gut funktionierende System der Dokumentation von Verkehrsunfällen darf nicht dazu führen, abzuwarten, bis Unfälle passieren, um dann darauf zu reagieren. „Wir haben genug Unfälle und Daten. Deshalb müssen wir uns dieser Materialien auch bedienen!“ erklärte Prof. Dr.-Ing. Reinhold Maier von der TU Dresden. Wo sich Fehler örtlich häuften, könnten sie „die Folge besonderer Eigenarten der Straße oder der Verkehrseinrichtungen“ sein, etwa wenn die Vorfahrtverhältnisse an einer Kreuzung überhaupt nicht sinnvoll und zielführend erkannt oder der Streckenverlauf und die Geschwindigkeiten des Gegenverkehrs falsch eingeschätzt werden. Dann müssten ohne Verzug „wirksame Gegenmaßnahmen betrieben“ und nicht erst z. B. auf eine eventuell in ein paar Jahren geplante Ortsumgehung gewartet werden. Die Unfallkommissionen unter Mitwirkung der Polizei haben die wichtige Aufgabe, möglichst frühzeitig Hinweise auf örtlich unfallbegünstigende Faktoren zu finden, damit wirksame verkehrstechnische oder auch polizeiliche Maßnahmen entgegen-

gesetzt und hierdurch schnellstmöglich Wiederholungen vermieden werden können.

Zauberformel Kreisverkehr?

Prof. Dr.-Ing. Werner Brilon von der Ruhr-Uni Bochum gab beim DVR-Kongress die Empfehlung, auch auf Landstraßen die typischen Sicherheitsvorteile von Kreisverkehren – einfache Vorfahrtregeln, gute Sichtbeziehungen zwischen den Verkehrsteilnehmern und ein niedriges Geschwindigkeitsniveau – zu nutzen. Kreuzungen an Landstraßen seien per se extrem gefährlich. Nach aktuellen Untersuchungsergebnissen (Vorher-/Nachher-Vergleich) gebe es deshalb in Deutschland, aber auch in anderen Staaten, außerorts an erkannten „Todeskreuzungen“ eine außerordentlich positive Wirkung von Kreisen als Ersatz von Kreuzungen zu verzeichnen. Eine neue Richtlinie hierzu werde noch 2005 von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen vorgestellt.

Resümee

Die Unfallschwerpunkte auf den Landstraßen müssen aufgedeckt und unter Berücksichtigung des über die Verkehrssicherheit gesammelten Wissens wirkungsvoller als bisher bekämpft werden. Landstraßen bilden für die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit ein weites Betätigungsfeld der Zukunft. Maßgebliche Verkehrswissenschaftler sind davon überzeugt, dass nur mit verbesserten Landstraßen, auf denen die Befolgung der erwünschten Verhaltensweisen stärker als bisher überwacht wird und die über ein Straßenumfeld verfügen, das unvermeidliche Fehler verzeiht, auch in Deutschland die Zahl der Unfalldoten halbiert werden kann.

Die Polizei-EM im Fußball wirft Schatten voraus



– Auftaktveranstaltung am 27. Februar
lockte 15 000 Besucher an



Die Polizei-Landesturnriege bei ihrer spektakulären Vorführung.



Autogrammstunde mit den ehemaligen Fußball-Nationalspielern
Frank Mill, Matthias Herget und Olaf Thon.



Weitere aktuelle Informationen finden Sie
im Internet unter www.epm2006.de

Am 27. Februar fand unter Mithilfe der Mülheimer Polizei und des örtlichen Polizeisportvereins die große Auftaktveranstaltung der Europäischen-Polizeimeisterschaft im Fußball im Festival Garden des Rhein-Ruhr-Zentrums statt.

Wie die Streife in Ihrer Dezemberausgabe 2004 berichtete, treten vom 3. bis 13. August 2006 die Polizei-Nationalmannschaften zur Endrunde im Ruhrgebiet gegeneinander an. Die Eröffnungsveranstaltung mit dem Eröffnungsspiel wird in der Duisburger MSV-Arena stattfinden. Die Spielorte werden Mülheim, Oberhausen, Krefeld, Gelsenkirchen, Essen, Düsseldorf und Bochum sein. Das Finale findet dann im Stadion Rote Erde in Dortmund statt. Neben den Fußballspielen wird jede Stadt rund um die Sportveranstaltung einen bunten Familientag der örtlichen Polizeien ausrichten. Sicherlich wird im Jahr der Fußball WM diese Veranstaltung ein Riesenergebnis für jede Stadt und das Land sein. Die Organisation der Gesamtveranstaltung liegt bei der Mülheimer Polizei und dem Polizeisportverein Mülheim.

Der Einstieg in die Vorbereitungen, dieses Event der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, fand Ende Februar mit einem großen Familienfest rund um die Themen Polizei und Fußball statt. Beteiligt waren alle Polizeibehörden der Spielorte, die ein Programm zusammen gestellt hatten, dass sich sehen lassen konnte und einen tollen Anlass zu einem sonntäglichen Familienausflug bot.

Die Aktivitäten im Rhein-Ruhr-Zentrum: Historische Ausstellung von Polizeiuniformen und Polizeimotorrädern, Kinderfotos auf dem aktuellen Polizeimotorrad, Ausstellung von diverser Fußball-Equipment, Tischkicker, Präsentation des EPM- Internetauftritts auf zwei riesigen Bildschirmen, Shop mit Polizeiartikeln, Sicherung von Kinder-Fingerabdrücken, Spielekonsolen mit dem Fifa-Computerspiel, Glücksrad, Musikalische Untermalung durch das Landespolizeiorchester NRW, Begleitung der Veranstaltung durch den Ü-Wagen des Radiosenders Antenne Ruhr, Interviews mit den ehemaligen Nationalspielern Olaf Thon, Frank Mill, Matthias Herget sowie den Polizei-TV-Stars Toto + Harry, Ausgabe von 300 Fußbällen an Kinder, die mit einem Fußballtrikot erscheinen.

Neue Medien der zum polizeilichen

VHS/DVD
78 min

Episode 1: Verkehrsunfall
Dauer: 3:45 Min.

Episode 2: Wohnungseinbruch
Dauer: 4:10 Min.

Episode 3: Raub unter Jugendlichen
Dauer: 3:20 Min.

Episode 4: Häusliche Gewalt
Dauer: 4:54 Min.

Nah dran.
Ein Film für die Polizei zum Thema Opferschutz und Opferhilfe

PROGRAMM POLIZEILICHE KRIMINALPRÄVENTION
DES LANDES NIEDERÖSTERREICH
Dienstreifenstraße
1120 Wien
Tel: 01 79 98 91 00
Fax: 01 79 12 33 90
E-Mail: schulung@polizei.noe.gub.nö.at
Internet: www.polizei.noe.gub.nö.at

Wir wollen, dass Sie sicher leben.

Wir wollen, dass Sie sicher leben.

Ein Film für die Polizei zum Thema Opferschutz und Opferhilfe

Wir wollen, dass Sie sicher leben.

Produktion: Krimifilm, Wien

Aufgrund der im Jahr 2002 durchgeführten Marktforschung zu den Medien der ProPK wurde deutlich, dass die Sicherheitsarbeit noch stärker am Bedarf von Opfern und Zeugen ausgerichtet ist. Bekanntermaßen steht die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung für kriminalpräventive Informationen in einem engen Zusammenhang damit, wie das Auftreten der Polizei wahrgenommen wird. Dadurch, dass Opfer und Zeugen von Kriminalität unmittelbar betroffen sind, sind sie für Vorbeugungsinformationen und die Umsetzung von Präventionsmaßnahmen besonders empfänglich.

Aus diesem Grund hat der ProPK ein neues Medien- und Informationspaket zusammengestellt, das Polizeibeamtinnen und -beamte in Sachen „Opferschutz und Opferhilfe“ bei ihrer Tätigkeit unterstützen möchte.

Das Paket umfasst drei Bestandteile:

- den Film „Nah dran“ (mit Filmbeilage und Plakat) für Polizeibeamtinnen und -beamte zum Thema „Opferschutz/Opferhilfe“
- die über das Extranet www.propk.extrapol.de angebotene Lernanwendung „Opferschutz interaktiv“ und
- die Informationssoftware „Viktim“ rund um den Opferschutz.

Der Film vermittelt in vier kurzen Episoden, wie Opfer in unterschiedlichem Kontext ihre Situation erleben. Exemplarisch werden typische Alltags- und Opfersituationen gezeigt: ein Verkehrsunfall, ein Wohnungseinbruch, ein Raub unter Ju-



ProPK Opferschutz

gendlichen und ein Fall von Gewalt im sozialen Nahraum. Anliegen des Films ist es, Verständnis für die jeweilige Opfer-situation zu wecken, Empathie zu erzeugen und den Zuschauer an die Thematik „Opferschutz/Opferhilfe“ heranzuführen. Der Film „Nah dran“ wurde so konzipiert, dass er ohne weitere Einweisung unter Zuhilfenahme des Filmbegleithefts im Rahmen des Dienstunterrichts oder in der integrierten Fortbildung eingesetzt werden kann. Er ist inzwischen in allen 50 Kreispolizeibehörden des Landes NRW vorrätig.

Das Modul „Opferschutz interaktiv“ im Extranet dient dem Empathietraining und der Wissensvertiefung. Die Lernanwendung bietet Polizeibeamtinnen und -beamten so die Möglichkeit, sich selbstständig mit dem Thema „Opferschutz“ zu beschäftigen. Die einzelnen Episoden des Films werden in diesem Modul wieder aufgegriffen und stellen es dem Betrachter frei, den Film – bei erkennbarem Fehlverhalten der agierenden Beamtinnen und Beamten – anzuhalten, um dann weitere Informationen zum entsprechenden Vorgehen zu erhalten. Das Modul „Opferschutz interaktiv“ ist zwar auf der Startseite des ProPK-Extranet bereits eingestellt, kann aber erst abgerufen werden, wenn die neue Windows-Infrastruktur der Polizei NRW „ErWin“ freigeschaltet ist. Das dritte Modul ist die Opferschutz-Software „Viktim“, die bisher vom Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei, Bildungszentrum Neuss angeboten und nun ins ProPK-Extranet eingestellt wurde. In



Viktim hat jede Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamte die Chance, sich im Bereich „Opferschutz/Opferhilfe“ lückenlos fortzubilden. Ein besonderer Nutzen von Viktim besteht darin, dass länder- bzw. regionalspezifische Informationen vom LKA NRW bzw. von den Kreispolizeibehörden selbst eingestellt werden können. Weitere Informationen erhalten Sie auch

im Internet unter www.polizei-beratung.de, im Extranet unter www.propk.extrapol.de, bei den ProPK-Ansprechpartnerinnen und -Ansprechpartnern der Kommissariate Vorbeugung der Kreispolizeibehörden des Landes NRW sowie beim Landeskriminalamt NRW, Dezernat 34, Tel. Nr.: 02 11/9 39-73 48.

Christian Uebbing, LKA NRW

Veranstaltung



Hebebühne zu verkaufen

Die Fahrradcodierer im Kreis Kleve nutzen eine Hebebühne, in der Fahrräder durch eine Hydraulik gekippt werden. Das ist eine erhebliche Erleichterung für den Rücken. Das Gerät wurde in Zusammenarbeit mit einem örtlichen Fahrradhändler entwickelt. Da der Händler in Kürze sein Geschäft aufgibt und noch einige dieser praktischen Geräte auf Lager hat, bietet er diese zu einem Sonderpreis von 349 € an. Bei Interesse bitte melden unter willyoemmelen@kleve.polizei.nrw.de

Preisrätsel

Haarbogen im Gesicht			Computermesse in Hannover (Kurz.w.)	zu genießen, nicht verdorben	Wasser-tiefen-messer	Zeichen für Thallium	weidm.: fressen	Zeichen für Titan
Verbrechen								
Kfz.-Z. Großbritannien			eingelegetes Tierprodukt		2			
vor langer Zeit						Strom in Kanada und Alaska		Sohn von Schwester oder Bruder
Abk. für einen Bibelteil			italienisch: Milch		japan. Währung	5		
anbau-fähig		flacher Strand-see	4					
					Saug-warze b. Säuge-tier		See-räuberi	
kürzeste Distanz zw. 2 Punkten		gasförmiges chem. Element		Frisur				
				Aus-zeichnung, Medaille		Wort-teil		mathem. Begriff
ehem. brasil. Fußballstar	Früh-lings-blüme		Welt-meer	8				
Wasser-vogel	7							
Flächen-maß			Bart-schur		best. Artikel (4. Fall)	9		
innerer Kör-per-teil		zurück-geschlag. Ball b. Tennis						
					zu keiner Zeit auf-wärts			
ange-nehm, behag-lich		Viertel-jahr		Stadt u. Fluss in Tschechien				
nichts anderes, bloß				Him-mels-richtung				
Zeichen für Barium			Frage-wort	6				
geschl. Haus-vorbau								
Abk.: Cent			Intern. Luft- u. Raumfahrt-ausst./Abk.			kurz für in das		
Insel-staat der Antillen	1							
kläffen		Abk.: Ansage						

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---



THE RAT PACK

Gewinnen Sie mit der Streife
2 x 2 Eintrittskarten
in das Capitol Theater Düsseldorf

THE RAT PACK – das waren die drei Musik-Legenden Frank Sinatra, Sammy Davis Jr. und Dean Martin. Lauren Bacall prägte diesen Namen, nachdem sie Humphrey Bogart und seine Freundestruppe, zu der auch der junge Frank Sinatra gehörte, nach einer durchzechten Nacht mit diesem Titel bedachte. „Ihr seht aus wie eine verdammte Rattenmeute“, waren ihre Worte. Die Titelauswahl für THE RAT PACK – Live from Las Vegas wurde größtenteils anhand der Songs getroffen, die die drei tatsächlich damals sangen, wie „Volare“, „The Lady Is A Tramp“ oder „Memories Are Made Of This“. Aber trotzdem hören wir natürlich auch die ganz

großen Hits wie „Mr. Bojangles“, „New York, New York“ oder „My Way“, die in diesem Tribute an die drei größten Entertainer aller Zeiten nicht fehlen dürfen. Jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierte Postkarte oder per E-Mail bis zum 4. April 2005 einsenden an:
Innenministerium NRW
Redaktion „Streife“
Kennwort: März
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Bitte der Redaktion:
 Bei E-Mails im Betreff nur Preisrätsel angeben und grundsätzlich die vollständige Anschrift angeben!

Vorschau auf die April-Ausgabe

Best – Practice Konferenz des EUCPN 2004 in Den Haag

Ende 2004 fand in der niederländischen Hauptstadt Den Haag die Best-Pracice Konferenz des Europäischen Netzwerkes für Kriminalprävention (EUCPN) statt. Dieses Netzwerk hat sich auf der Grundlage eines Beschlusses des Europäischen Rates mit dem Ziel entwickelt, bewährte Methoden und Strategien in der Kriminalprävention auszutauschen. Die niederländische Ratspräsidentschaft hatte die Themen der Konferenz und die Inhalte der Workshops bestimmt:

- Domestic Violence (Häusliche Gewalt)
- Young Prolific Offenders (Jugendliche Serientäter)
- Public Private Partnership (Öffentlich-Private-Partnerschaften).

Für Deutschland waren u. a. die KPB Bielefeld mit dem Projekt „Das Bielefelder Interventionsprojekt gegen Gewalt von Männern in Beziehungen“ und die KPB Düren mit dem Projekt „Strategie zur Reduzierung der Gewaltkriminalität in der KPB Düren“ vertreten.



Kooperationsprojekt WIESO

Opfer sexueller Gewalt werden während und nach der Tat vielfach in Mitleidenschaft gezogen. Der eigentlichen Vergewaltigung, dem Missbrauch oder der Belästigung folgen nicht selten unangenehme Befragungen, körperliche Untersuchungen und viele andere Dinge, die tiefe Spuren auf der Seele hinterlassen und die Psyche beschädigen können. Opferschutzgedanken treten manchmal in den Hintergrund, um Taten zu erhellen, Beweise zu sichern oder um Täter aufzuspüren. Viele Opfer scheuen nicht zuletzt deshalb den Gang zur Polizei, um die Tat anzuzeigen. Das Polizeipräsidium Aachen will deshalb mit der so genannten anonymisierten Beweissicherung nach einer Sexualstraftat die Schwellenangst senken.

Rätselgewinner Dezember 2004

Herzlichen Glückwunsch Frau Margret Hafeneth aus Geilenkirchen und Herr Gerd Bonke aus Greven. Sie haben jeweils zwei Eintrittskarten für das Musical von Queen und Ben Elton – „We will rock you“ gewonnen. Die Redaktion Streife wünscht Ihnen und Ihrer Begleitung viel Spaß.



Redaktionsschluss für die April-Ausgabe war der **1. 3. 2005**, für die Mai-Ausgabe der **4. 4. 2005**.

IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Verantwortlich: Dieter Spalink,
Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Ralf Hövelmann, Sabine Severing,
Bettina Niewind, Ralph Becker

Anschrift der Redaktion:
Innenministerium NRW
– Öffentlichkeitsarbeit –
– Redaktion „Streife“ –
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (02 11) 8 71-23 66,
Fax (02 11) 8 71-23 44
CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streife-online.de
E-Mail: streife@im.nrw.de

Verlag, Herstellung und Anzeigen:
VVA Kommunikation GmbH,
www.vva.de
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf,
Telefon (02 11) 73 57-0,
Telefax (02 11) 73 57-507.

Anzeigenverkauf: Petra Hannen
Tel. (02 11) 73 57-6 33,
Anzeigentarif Nr. 19 vom 1. Oktober 2003.
Anzeigenschluss: jeweils am 1. des Vormonats.

Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion im Innenministerium gesandt werden.

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die „Streife“ alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die mit Namen versehenen Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers (Signet des Herausgebers ■) wieder.

Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Bezugsbestimmungen:
Die „Streife“ erscheint 10-mal, davon zwei Doppelhefte Jan./Febr. und Juli./Aug. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 28,- € (inkl. 7% Umsatzsteuer und Versandkosten).

Das exklusive Angebot
für Angehörige der Polizei
März 2005

e-plus+
Ein + verbindet.



**Exklusiv nur für Angehörige
der Polizei:**
**Bis zu 30% Rabatt auf
den monatlichen Grundpreis!**

Sony Ericsson K700i



Foto Farbdisplay
MMS *** Klingeltöne
Download

1,- €*

Samsung SGH-E800



Foto Farbdisplay
MMS *** Klingeltöne
Download

~~79,81 €*~~

9,90 €*

Nokia 6230



Foto Farbdisplay
Polyphone
Klingeltöne Bluetooth
MMS ***

~~103,94 €*~~

9,90 €*

+ Auf zu E-Plus: Das CeBIT Special!

- Bis zu 30% Rabatt auf den monatlichen Grundpreis
- Für 3 Ct/Min. ins Festnetz telefonieren¹
- Mindestens 50 € Sparguthaben
- Bis zu 8% Rabatt auf den Gesprächsminutenumsatz
- Kein Anschlusspreis

Aktions Professional* mit Tarifautomatik ²	Immer im günstigsten Tarif		
	XL	M	S
Monatlicher Grundpreis ³	Inkl. 30% Rabatt 21,00	Inkl. 30% Rabatt 14,00	Inkl. 20% Rabatt 8,00
Einmaliger Anschlusspreis	25,00	25,00	25,00
Minutenpreise ⁴	Festnetzgünstig!		
Festnetz Inland ⁵	0,03	0,03	0,03
E-Plus zu E-Plus ⁶ , Comfort Mailbox	0,10	0,20	0,30
Andere inländische Mobilfunknetze	0,25	0,35	0,45
SMS-Versand, je SMS ⁷	0,20	0,20	0,20
SMS-Option⁸			
Monatlicher Grundpreis	2,50	2,50	2,50
SMS-Versand von E-Plus zu E-Plus, je SMS	0,10	0,10	0,10

Bis zu
8% Rabatt
auf den Gesprächs-
minutenumsatz⁹!

Bis zum 31.03.2005:
50 €*
brutto
Sparguthaben**
Bei Vertragsabschluss
mit Handy.

Bis zum 31.03.2005:
150 €*
brutto
Sparguthaben**
Bei Vertragsabschluss
ohne Handy.

! Weitere Informationen erhalten Sie nur über unsere
kostenfreie Polizei Hotline:

Tel: 0800/000 17 17 02 • Fax: 018 02 / 000 757

*Alle Preise inkl. 16% MwSt. Dieses Angebot gilt, solange der Vorrat reicht, nur bei gleichzeitigem Neuabschluss eines E-Plus Service-Kartenvorgabes bis zum 31.03.2005 mit Tarifen und Konditionen wie in der Tabelle dargestellt. Änderungen und Irrtümer vorbehalten.
Bei Abschluss eines Mobilfunkvertrages in den Professional Tarifen mit 24-monatiger Mindestlaufzeit bis 31.03.2005 wird ein Sparguthaben gewährt, das über 12 Monate mit dem Bruttorechnungsbetrag verrechnet wird. Bei Abschluss eines Mobilfunkvertrages ohne Handy werden weitere 100 € über 20 Monate à 5 € mit dem Bruttorechnungsbetrag verrechnet. Pro Person dürfen maximal zwei Verträge abgeschlossen werden. *Nur nach Buchung und technischer Aktivierung der Zusatzdienstleistung „MMS“ mit MMS-fähigem Endgerät und E-Plus Service Mobilfunkvertrag (Folgekosten s. o.). Versand in andere dt. Mobilfunknetze als SMS mit Internet-Adresse, über die die Information im Internet einsehbar ist und, soweit eine Vereinbarung zwischen E-Plus und dem jeweiligen Netzbetreiber besteht, auch unmittelbarer Versand als MMS möglich (Infos unter 01 77-10 00, kostenfrei aus dem E-Plus Netz). Versand an nicht MMS-fähige Handys oder an Mobilfunkteilnehmer ohne MMS-Dienst erfolgt als SMS mit Internet-Adresse. Unveränderter Versand der Information nur zwischen denselben Endgeräten möglich. 1 Angebot gilt nur bei gleichzeitigem Abschluss eines Mobilfunkvertrages in den neuen Aktions Professional Tarifen mit 24-monatiger Mindestvertragslaufzeit. 2 Die E-Plus Tarifautomatik gilt nur für die Professional S-, M- und XL-Tarife. GPRS Datenübertragungskosten berücksichtigt die Tarifautomatik nicht. Sie startet mit Beginn des Monats, der auf den Vertragsabschluss folgt. 3 Mindestvertragslaufzeit 24 Monate. 4 Taktung Professional S: 10-Sek.-Taktung; Professional XL: sekundengenau, mindestens 0,01 € pro Verbindung. 5 Gültig für innerdeutsche Gespräche ins Festnetz ohne Sondernummern. 6 Gültig für Gespräche von E-Plus zu E-Plus ohne Sondernummern. 7 SMS versenden in andere inländische Mobilfunknetze und innerhalb des E-Plus Netzes. 8 Ermöglicht den kostengünstigen Versand von SMS-Mitteilungen von E-Plus zu E-Plus national ohne Sondernummern. 9 Bei Abschluss eines Mobilfunkvertrages in den Professional Tarifen mit 24-monatiger Mindestlaufzeit bis 31.03.2005 wird bei jeder Rechnungsstellung ein Rabatt von 3% (ab € 21,55 netto/Monat), 5% (ab € 43,10 netto/Monat) bzw. 8% (ab € 64,66 netto/Monat) auf die Gesprächsminuten gewährt.